

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmitelbarer Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12 1/2 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreigespaltene Zeile gewöhnlicher Setzungschrift oder deren Raum.

N 84.

Halle, Sonnabend den 8. April
Hierzu zwei Beilagen.

1865.

Deutschland.

Berlin, d. 6. April. Se. Majestät der König haben geruht: Dem Hauptmann Hergas vom 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 67 und dem Gefreiten Wolff vom Garde-Husaren-Regiment die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Abgeordnetenhaus. Nach der Rede des Abg. Japp in der gestrigen Sitzung (über deren letzten Theil wir nur kurz berichtet) erhält das Wort der

Abg. Dr. Bender: Durch die Nichtbestätigung der sächsischen Beamten hat die Regierung die Zahl ihrer Gegner vermehrt, in die sächsischen Collegien Zweiertrakt getragen und die Bitterkeit gesteigert. Sie hat die Idee des Bestätigungsrechtes gründlich ruiniert. Die Städteordnung, die das Volk mit seinem Verblut erkauft hat, wird dadurch bedroht, das Volk soll sich in Stein verwandeln. Sehr oft erhebt der Nichtbestätigte erst dadurch, daß er ein politischer Mann ist, und der Parteimann ist fertig. Der Tag wird kommen, an welchem Ihr heutiges Votum sein volles Gewicht haben wird. (Bravo!)

Abg. v. Platenburg spricht gegen den Commissions-Antrag. Der Präsident hat durch Aufforderung der gestrigen und heutigen Tagesordnung ein Mittel gefunden, um die in letzter Zeit aus natürlichen Gründen auseinander gegangene Fortschritts-Partei wieder zusammen zu bringen.

Vizepräsident v. Harub (den Redner unterbrechend): Dem Herrn Redner steht die Censur eines Verfahrens des Präsidiums nicht zu, und ich werde, wenn sich das wiederholen sollte, den Vornamen ausprechen müssen.

Abg. v. Platenburg (fortfahrend): Ich habe auch keine Censur geübt. Auch dieser Gegenstand ist eine Folge des Konflikts, der sich von der Militärfrage herleitet, und sich in allen Fragen offenbart. Dine Einwirkung auf die Communen kann keine Regierung bestehen und Sie werden durch Ihren Beschluß auch nichts erreichen. Es ist viel besser, wenn man von dem Partisanenstandpunkt in solchen Fragen Abstand nimmt.

Abg. Birkow: Die für den Communaldienst geeigneten Personen findet die Commune besser und leichter heraus als der Staat, namentlich wenn der Staat als Sanktionsmittel bei der Beurteilung der Qualifikation die Abstammung bei den Wahlen benützt. Ein solches Verbot stellt das communale Leben geradezu auf den Kopf und führt zur communisfarischen Verwaltung durch Beamte, denen jede Erfahrung im Communalwesen fehlt. Für Berlin steht eine solche Verwaltung vielleicht in der Perspektive, vielleicht die Einsetzung des Stadtraths. A. D. Wobnerer, der durch das Misstrauen der berechtigten Wähler entfernt worden ist. Und alles das, weil wohl qualifizierten Gemeinde-Beamten die Eigenhaft fehlt, die vorzüglich verlangt wird, daß sie zur Partei des Abgeordneten v. Platenburg gehören. Das der Regierung zulebende Recht wird von ihr, wie die Thatsachen beweisen, in tendenziöser Weise gempbraucht. (Sehr wahr!) Durch die Aufhebung dieses Rechtes werden wir dem Heilwage, daß der Staat seine Thätigkeit zurückzieht von einem Gebiet, auf dem die überflüssig ist, daß er seine wahren, großen Aufgaben anderswo sucht und daß die Minister die culturhistorischen Zwecke und Ziele, nach denen ein großer Staat zu streben hat, ins Auge fassen können, daß sie sich z. B. mit der Verbesserung der Verkehrsordnung beschäftigen können, anstatt die bestehende in der allerfeinlichsten und meiste Ordnung des Beständigen können. (Vielseitige Zustimmung.) Wo haben denn nur die wackeren Minister die Zeit her, um alle diese Prüfungen von Personalien, diese ungezählten Kapazitäten zu bewältigen? Durch Streichung des §. 33 befreiten wir sie von einer Last, die ihnen nicht länger aufgebürdet werden soll (Weiterkeit) und schaffen ihnen die Möglichkeit, sich höheren Aufgaben hinzugeben, die eines Ministers würdig sind. (Lebhafter Beifall.)

Minister des Innern, Graf Eulenburg: Sie sprechen immer von Selbstverwaltung der Gemeinden. Ich gehe zu, daß die Commune ein selbstständiger Organismus ist, den der Staat nicht geschaffen hat. Aber will der Organismus leben, so kann er sich der Herrschaft des Staates nicht entziehen. Darum ist das Aufsichtsrecht des Staates ein wohlbedachtes, das Niemand befreit. Wer dem Staat das Oberaufsichtsrecht giebt, der muß es auch präciren. Nach der Unterdrückung des Städtewesens ist durch Stein der Commune wieder ihr Recht widerfahren; indes die völlige Emancipation der Gemeinde vom Staate ist ebenso unmöglich, wie es unmöglich ist, daß der Staat die Communen unterdrückt will. Wichtig und unerlässlich bleibt immer die Bestätigung der gewählten Communalbeamten. (Der Minister citirt als Begründung seiner Behauptung Stellen aus Bunsen's und Brater's Staatslexikon.) In Baiern, Sachsen, Belgien hat der Staat außerordentliche Rechte. Wie ist es in jenen Ländern jemand eingewilligt, das Bestätigungsrecht der Regierung oder des Königs anzusehen zu wollen. Man hält es für eine der bedeutendsten Voraussetzungen staatlicher Wohlfahrt. Was nun Preußen anlangt, so hat die Regierung gegen die Magistrate das Recht des Disciplinar-Verfahrens und das Bestätigungsrecht. Die Regierung würde einen Fehler begehen, wenn sie das letztere Recht preisgäbe. Sie hat am nun, meine Herren, wir machen von dem Rechte Mißbrauch; aber ich glaube, die Regierung müßte so verfahren, sowohl in ihrem eigenen Interesse, als auch im Interesse der Communen. Es giebt nichts Schlimmeres, als die Beherrschung der Communen durch Parteien, wie wir das in nächster Nähe wahrnehmen können. Ich

will mich zur Begründung meiner Ansicht auf eine Aeußerung eines liberalen Blattes berufen, die ich hier verlesen will (erfolgt). Der Regierung sagt man: Ihr seid Schuld, und dennoch sind es die einzelnen Communen selbst, die die Regierung zu ihrem Verfahren zwingen. Als Sie sich Magistrate und Stadtvorordnete auswählten, um politisch zu agitiren, da fing die Agitation an; sie fing an mit dem 1. Juni 1863. (Naa!) Sie haben sehr bewährte Communalbeamte nicht wieder gewählt, weil sie politisch zu Ihnen nicht gehörten! Sie fragten nicht nach Bestätigung (Ob!), sondern ob die zu Wählenden auch agitiren konnten. So wurde die Regierung zu ihrem Verfahren gedrängt. Sie haben aus politischen Gründen gewählt, und die Regierung hat aus politischen Gründen nicht bestätigt. — Eine communisfarische Verwaltung will die Regierung auch nicht; aber wenn Sie immer und immer zagen, daß Sie bei Ihrer politischen Parteilichkeit bleiben, so bleibt der Regierung nichts weiter übrig, als so zu verfahren. Die Action der Regierung war eine überall gleiche. Ich habe in dieser Beziehung nicht ein Wort gesprochen, noch geschrieben. — Die Stadtvorordneten sollen Politik meiden, und darauf muß ich achten. Ich beschäme mich mit diesen Dingen sehr ungern. Ich frage bei einem Gewählten nicht, wie er zuletzt gestimmt hat, sondern wie seine Haltung im Allgemeinen ist, ob er beruhigend oder agitierend in der Versammlung wirken wird. Spricht die Vermuthung für letzteres, so ist es meine Pflicht, die Wahl nicht zu bestätigen. Sie sagen: das hier sei nur ein Stein zum Gebäude der Demokratie. Ich sage: keine Regierung kann anders wie wie vom Gesetz Gebrauch machen, von einer Gesetzgebung, die praktisch ist. Wenn ich einen solchen Charakter annehme, so rufen Sie: weg mit der Gesetzgebung! Ich verwerfe diese Position, sie ist klar. Ich verwerde Ihnen das nicht; aber verdienen Sie mir auch nicht, wenn ich das Gesetz nicht Preis gebe. Es ist wichtig, daß wir unsere Position behalten, und doppel wichtig, daß diese Position nicht in Ihre Hände gelangt! (Bravo und Pfiffen.)

Abg. Wagnier schließt sich der ministeriellen Ausführung an. Abg. Dr. Gneist: Es ist ein Irrthum, wenn der Herr Minister des Innern den Beginn des politischen Mißbrauchs sächsischer Wahlen vom Juni 1863 herleitet. Der Schöpfer desselben war sein Amtsvorgänger, der Minister v. Westphalen. Wenn der Hr. Minister des Innern meint, der Hergang im Juni 1863 sei eine politische Agitation gegen das Regierungssystem gewesen, so befindet er sich im Irrthum. Unter dem System einer ministeriellen Verwaltung versteht man sonst gesetzliche Maßregeln, die ein Ministerium auf verfassungsmäßigem Wege durchzuführen gedenkt. Das, was Anfang Juni 1863 geschehen, war kein Regierungssystem, sondern eine Verletzung der Verfassung. (Sauer Beifall.) Und was binnen 6 Tagen darauf geschah, durch Ministerialerfreite den Gemeindevorstellungen der Hauptstadt und des Landes das Petitionsrecht an die allerschöchste Person des Königs unterzufen, das ist kein Regierungssystem des künftigen sächsischen Staates, sondern es ist eine Verletzung der Verfassung. (Großer Beifall.) Das ist eine außerordentlich fassliche Auffassung konstitutioneller Minister, zu glauben, daß ihrem Regierungssystem gegenüber ein Widerspruch politischer Parteidemonstration, Agitation u. dergl. sei. Bei der Demonstration an Se. Maj. den König, das kann ich dem Herrn Minister verzeihen, handelte es sich um eine sehr lokale Maßregel, aber nicht um eine unwillkürliche, kanonische, politische Agitation. Der systematische Gebrauch des Bestätigungsrechtes allein hat Fraktionsbildungen in der Communalverfassung hineingebracht. Und was die Treue gegen den König von Seiten der Beamten betrifft, so müßten alle überzeugungstreuen Männer dem Herrn Minister sagen: wenn das die Bedingung unserer Treue gegen den König ist, daß ein Mann Ihr Verfahren für verfassungsmäßig und gesetzmäßig halten soll, welcher die staatsrechtlichen Grenzen für das Erlaubte und Unerlaubte kennen muß — wenn das die Treue gegen meinen König ist, so steht Ihnen mein Amt in 24 Stunden zu Gebote. Und glauben Sie mir, aus denselben Stoffe sind alle unsere Beamten gemacht, nur daß mancher von ihnen seine und seiner Familie Existenz der Wahrheit zum Opfer bringen muß, und daß das mit uns Allen nicht der Fall ist. Provoociren Sie uns aber fortwährend, Ihre Regierungswiese, Ihre Befehlsordnungen, Ihre Budgetauslegung auf das Gebiet der Königsstreue zu bringen und Ihr System als zulässig zu halten, so wundern Sie sich nicht, wenn Sie auf Widerspruch stoßen in den Communen, welche nur einmal nicht untergeordnet werden sollten den staatlichen politischen, das heißt stets wechselnden Interessen. Sie haben die Communen in den Nothstand verlegt, aus welchem ein Widerstand versucht wurde. Das Lieblingswort des Ministers des Innern, „Agitation“ ist ein rein inhaltloses Polizeiwort (sehr gut!) (Zur Meden genenend): Was Sie Agitation nennen, das wäre nach Ihren eigenen Begriffen das Uebermaß von Patriotismus und Hingebung an den Thron, sobald es in Ihrer Parteilichkeit geschieht (sehr gut!). Das Befreien der Communen ging dahin, die Verfassung zu schätzen Gebrauch gemacht (sehr wahr!) Wenn der Herr Minister von einem mißbräuchlichen Gebrauch des Bestätigungsrechtes spricht, so erinnere ich mich, daß den wichtigsten Communalämtern vorgekommen sind (hört, hört!). Das soll ein mißbräuchlicher Gebrauch sein (großer Beifall). Dagegen hat das Ministerium von diesen Bestätigungen einen wahrhaft verschämten Gebrauch gemacht (sehr wahr!). Ich glaube nicht zu dieser Antwort um so mehr berechtigt, als der Herr Minister mir die Ehre erwielet, mich mit politischen Agitationen und Fraktionsbildungen in der Communalvertretung in Verbindung zu bringen, während ich der entscheidende Gegner solcher Fraktionsbildungen bin und von ihrer Zusammenkunft nichts weiß. Ich weiß also nicht, woher mit diese Ehre widerfahren ist, aber ich habe dem Herrn Minister geantwortet, wie ich als Bestätigender, wie ich als unabhängiger und redlicher Mann antworten mußte: Diese Art

zu realisieren, ist kein konstitutionelles Regierungsobstern, sondern es ist die Verletzung der Verfassung! (Beifall, lang andauerndes Bravo).

Minister des Innern Graf Gulemburg: Erst durch die letzten Worte des Herrn Abg. Gneiss ist mir klar geworden, warum seine Erwiderung eine so heftige gewesen. Die fenogravischen Berichte werden es ausweisen, daß ich nicht die leiseste Andeutung gemacht habe, als ob die Agitation von Herrn Gneiss ausgegangen sei. Ich habe nur gesagt, daß im Jahre 1863 der Anfang gemacht worden sei, die städtischen Behörden in das Parteitreiben hineinzuziehen und hinterher habe ich einige Worte des Herrn Gneiss citirt. Im Uebrigen habe ich damit den Namen des Herrn Gneiss nicht in Verbindung gebracht, und ich glaube von Herzen gern, daß der Herr Abgeordnete deutlich davon überzeugt ist, zu welchem Unheile das Parteitreiben führt. Bringen Sie es nur erst dahin, daß die Stadtverordneten-Versammlungen nach Ihren Wünschen zusammengeführt sind, dann wählen sie den Magistrat und dann werden die Beratungen der Stadtverordneten eine Komödie, dann wissen die Stadtverordneten, was aus dem Magistrat kommt und es werden dann nur noch pro publico ein Paar kleine Reden gehalten, aber von einer Erörterung der Sache ist dann nicht mehr die Rede. Dabın würde es kommen, wenn die Regierung nicht ihre Hand darauf hielt und verbot, daß der Magistrat mit der Zeit weiter nichts wird, als ein solcher Extrakt der Versammlung. Das ist keine Kränkung des Communalwesens, das ist die Anbahnung der Emancipation der Gemeinde von der politischen Knechtschaft.

Der beantragte Schluss der Discussion wird abgelehnt. Der Minister entsetzt sich. Abg. Dr. Walsch (für den Commissionsantrag). Der Minister des Innern, der sich so eben entsetzt hat, glaubte die schwersten Beschuldigungen gegen die Communen schleudern zu müssen; er hat ihnen, wozu er nicht im mindesten berechtigt war, vorgeworfen, daß sie zu politischen Agitationen sich haben gebrauchen lassen. — Wenn die Regierung von dem Besizungsrecht einen solchen Gebrauch macht, dann bleibt nichts übrig, als dies vor dem Lande zu konstatiren, und so ist in der That die ganze Debatte auch nichts weiter gewesen, als eine weitere Ausführung der Rede, mit welcher unser Präsident sein Amt übernahm. Wie damals der Herr Minister Einspruch erhob, so auch jetzt. Er entsetzt sich der Kritik, dem schweren Tadel seines Vorgesetzten, er will nicht hören, was im Lande vorgeht, er glaubt noch eine Weile so fortzuwirken zu können. Dieser schweren Schädigung des Communalwesens entgegenzutreten, ist der Gegenstand von der Commission eingebracht worden.

Der Schluss der Debatte wird angenommen. Nachdem der Abg. K a s i m i r die Bemerkungen des Ministers des Innern über die agitatorischen Tendenzen widerlegt und der Referent Abgeordneter S c h n e i d e r (Wangleben) kurz den Antrag der Commission noch einmal empfohlen hat, wird zur Abstimmung geschritten. Der Commissionsantrag und der von denselben beantragte Gegenentwurf: „Die Bestimmungen des §. 33 der Städte-Verordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853, des §. 33 der Städte-Verordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 und des §. 32 der Städte-Verordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 werden hierdurch aufgehoben.“, wird mit großer Majorität angenommen.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Präsident zunächst das Resultat der Wahlen für die Commission zur Vorberatung der Marine-Vorlage mit und eröffnete sodann die Beratung über die Zollverträge. Referent ist der Abg. Michaelis. Abg. Kerst spricht in der Generaldebatte gegen die Vorlagen, indem er das Hannover bewilligte Präzipuum angreift, weil es nur um deswillen zugestanden worden sei, damit Hannover den Salzpreis höher halte und dadurch die Aufrechterhaltung des von dem Abgeordnetenhaufe vor Kurzem verurtheilten Salzmonopols möglich mache. Unter diesen Umständen könne er nur gegen die Annahme stimmen. Abg. v. G a b l e n z für den Commissionsantrag, indem er die große Bedeutung der Verträge für Deutschland und Preußen, das durch dieselbe ein Uebergewicht in Deutschland erlange, hervorhebt. Abg. K r i e g e r (Berlin) führt gegen den Abg. Kerst aus, daß die Annahme der gegenwärtig vorliegenden Verträge die Aufhebung des Salzmonopols nicht behindert. Abg. Z i e g e r t erklärt sich ebenfalls für die Vorlagen, wünscht aber, daß die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit hergestellt, die Kommunikationsmittel verbessert und alles dasjenige hergestellt werde, was noch zur Vollendung des Werkes erforderlich sei. Abg. F a u c h e r erinnert mit Wärme an die ersten intellektuellen Urheber der Kollektivierung, welche bereits das Grab deckt; zuerst an K ü h n e, dann an C o b b e n. Referent Abg. Michaelis weist darauf hin, daß das Abgeordnetenhaus bei Annahme des französischen Handelsvertrages sein Programm in Bezug auf den Zollverein ausgesprochen habe, daß nämlich der Zollverein nur unter Durchführung des französischen Handelsvertrages erneuert werden solle. Seitdem sei viel geschehen, seien große politische Kämpfe in Deutschland und in Preußen geführt, aber die durch übereinstimmenden Beschluß aller Faktoren des Staats sanktionierte Zollvereinspolitik Preußens habe festgestanden; die Regierung hätte sie nicht verlassen können, auch wenn sie gewollt. Trog des Wechsels in der Leitung sei die Regierung in den durch jene Beschlüsse vorgezeichneten Wegen gegangen und die Wege hätten zum Ziele geführt. Nicht nur das preussische, das deutsche Volk habe dem Programm zur Seite gestanden, Preußen sei erfolgreich gewesen, weil es das Organ gewesen sei, welches den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes trotz der schlechten Verfassung Deutschlands in Gestalt einer großen Reformmaßregel durchführte. Daß es dies trotz des inneren Konfliktes konnte, beweise am besten der deutsche Beruf Preußens. Wenn man auf die Gegner sehe, so hätten sie auf einem Boden gestanden, auf welchem auch das Abgeordnetenhaus in seinem Kampfe oft seine Gegner sehe, auf dem Boden der Meinung, daß man seine Selbstständigkeit verlege, wenn man der öffentlichen Meinung nachgebe. Im Gegentheil, ein Staat und ein Staatsmann sei stark und gehrt, der sich zum ausführenden Organe der öffentlichen Meinung mache; die Staatsregierung möge erkennen, was ausführbar sei, wenn sie mit der öffentlichen Meinung gehe. Redner warf nun einen Rückblick auf die Bedingungen, unter welchen früher die Zollvereinsverträge erneuert wurden. Jetzt zum ersten Male sei durch Kündigung der Zollvereinsverträge eine große reformatorische Maßregel durchgeführt worden; dieses Mittel habe sich bewährt. Wir dürfen hoffen, daß die im Laufe der Vertragsperiode notwendig werdenden Reformen jetzt leichter zu Stande kommen werden; geschehe das nicht, so sei der nächste Ablauf der Verträge wieder der Zeitpunkt großer Reform. Durch Annahme der Verträge führe das Haus ein Werk zu Ende, an welchem es selbst wesentlich mitgewirkt, es fasse Beschlüsse, die es selbst früher in Aussicht genommen, und indem der Zollverein unabhängig von dem Vertrage mit Oesterreich erneuert sei, habe er seine volle Autonomie bewährt. — In der Spezial-Berathung wurde das Wort nicht weiter genommen

und die Genehmigung der Verträge und der Gesetzentwürfe über den Vereinszolltarif einstimmig erteilt. — Der Präsident spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Abg. Faucher eines Mannes gedacht habe, der für den Zollverein viel gethan und gewirkt habe, des Abg. K ü h n e; seiner werde hier immer ehrend gedacht werden. Das Haus erhebt sich zum Zeichen der Zustimmung und geht hierauf zu Petitionsberathungen über. Eine Diskussion entspinnt sich über eine Petition aus Lauban, betreffend den mehreren Mitgliedern des Laubaner Magistrats darüber erteilten Verweis, daß sie in den Requisitionen der Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses Folge geleistet. Die Kommission beantragt den Uebergang zur Tages-Ordnung, weil der Instanzgenus nicht immer eingehalten ist. — Abg. B a s s e n g e (Lauban) möchte sich ob solchen Vorschlags an den Kopf fassen und fragen, ob der Antrag vom Ministerium oder von Abgeordneten ausgeht. Hier liegt ein offener Mißbrauch der Autorität vor. Wenn auch der Instanzgenus nicht gewahrt ist, so wird der Minister doch jetzt Kenntnis von der Sache erhalten haben und, wenn er will, den Petenten helfen können. — Abg. W a c h l e r ist im Wesentlichen mit dem Vordränger einverstanden. Der den Petenten erteilte Verweis sei ungerechtfertigt, sie haben sich als verfassungstreue Männer bewährt, aber sie haben den Instanzgenus nicht gewahrt. — Abg. D u n c k e r: Nachdem gestern der Minister des Innern die schwersten Entlagen gegen die liberale Partei geschleudert, ist er heut zu meinem Erschrecken nicht auf seinem Plaze, wo es sich doch um Gegenstände handelt, die klar darlegen, daß Derroismus auf seiner Seite herrscht. Ich bitte, den Gegenstand von der Tagesordnung abzulegen oder mindestens die Abwesenheit des Ministers zu konstatiren, der gestern so verleumdende Anschuldigungen gegen uns geschleudert hat. Nachdem der Finanzminister den Minister des Innern damit entschuldigt, daß derselbe wahrscheinlich geglaubt habe, der erste Gegenstand der Tagesordnung werde nicht so schnell erledigt werden, wird die Debatte abgebrochen. — Es folgt eine sehr lange Discussion über eine Petition des Lehrers M a n n in Heiligenbeil, welcher auf die bedrängte Lage der Volksschullehrer hinweist, deren durchgreifende Verbesserung, wenn sie von der gleichzeitigen Feststellung eines Unterrichtsgesetzes abhängig gemacht würde, noch in weitem Grade stehen dürfte, da die Unterrichtsfrage mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei. Der Petent bittet deshalb, daß man die Dotationsfrage getrennt behandle und wünscht die Aufforderung an die Staatsregierung gerichtet zu haben, daß es noch in dieser Session eine Vorlage in dieser Richtung machen möge. Die Commission schlägt vor, das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, daß sie einen Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung der äußeren Verhältnisse der Volksschule, insbesondere der Lehrerbefolgungen sobald als möglich dem Landtage vorlege. Am Ministerische hat sich der Cultusminister mit einem Regierungs-Commissar eingefunden. Der Abg. W a n t r u p erhält das Wort für den Commissionsantrag. Der Redner erklärt sich damit einverstanden, daß schleunigst für die Volksschullehrer etwas gethan werde, wiewohl er Beispiele anführen könne, daß gottesfürchtige Lehrer auch bei den künftigen Mitteln sich recht anständig durchgeschlagen hätten. So kenne er einen Lehrer, welcher 27 Kinder gezeugt, und die 13 oder 14, welche davon am Leben geblieben, ganz gut ernährt und erzogen habe. (Gelächter.) „Ja, meine Herren, wie der Mann es gemacht hat, weiß ich selbst nicht (erneutes Gelächter), das ist eben Gottes Segen.“ Wenn er sich mit dem Commissionsantrage einverstanden erklären könne, fährt der Redner fort, so müsse er sich doch gegen die Motive derselben verwahren. Er könne seinen Standpunkt kurz kennzeichnen, indem er den Ausspruch eines französischen Mundes adoptire, daß Preußen das Land der Schulen und der Kasernen sei. Der Redner macht verschiedene Sprünge in seinem Vortrage, deren logischer Zusammenhang unfindbar, er spricht von den Kasernen, von der Statistik der Todesstrafen, und anderen Dingen, und spricht sich schließlich für die Aufstellung einer festen Scala für die Lehrerbefolgungen aus. — Abg. S c h m i d t (Rathenow) spricht sich gegen den Commissionsvorschlag aus. Das Haus müsse sich jeder Initiative auf diesem Gebiete enthalten, so lange nicht die Regierung das in der Verfassung garantierte, bis jetzt vergeblich Seitens der Landesvertretung geforderte Unterrichtsgesetz vorlege. — Abg. G e r l i c h erinnert daran, daß die Lage der geplagten Lehrer nicht bloß materiell eine beklagenswerthe sei, sie werde noch verschlimmert dadurch, daß die vorgelegten Behörden vielfach in tendenziöser Weise die Lehrer maßregeln. So seien im Elbinger Kreise dreien Lehrern die ihnen zuständige Gratifikationen vorenthalten worden, weil sie, wie ausdrücklich gesagt sei, bei der Wahl im Sinne der Fortschrittspartei gestimmt hätten. (Hört!) Der Redner erklärt sich für den Commissionsvorschlag, ebenso die Abgeordneten M ö l l e r, P a u r und v. B u n s e n. — Nachdem der Cultusminister erklärt hat, daß die Regierung, wenn das Abgeordnetenhaus den Commissionsvorschlag annehme, der darin liegenden Aufforderung entsprechen und in der ernsten und bereitwilligsten Weise diese Sache zu fördern suchen werde, erhält der Abg. R i c h t e r das Wort gegen den Commissionsvorschlag: Darüber, daß die Lage der Volksschullehrer verbessert werden muß, sind wir wohl Alle einig. Vor wenigen Tagen hat denn auch das Haus durch Annahme des dritten Antrages der Budgetcommission sich dafür ausgesprochen, daß der Staat in vermehrter Maße seine Pflicht gegen die Lehrer erfülle. Worauf aber läuft der Commissionsvorschlag hinaus? Darauf, daß der Regierung ein weiterer Spielraum für Verwaltungsmaßregeln gegeben wird, statt daß ein festes, rechtliches Fundament für die Sache geschaffen werden sollte. Die erhöhte Leistung für die Lehrer wird den einzelnen Gemeinden auferlegt werden, und zwar durch Reglements, durch Verfügungen. Die Folge ist, daß die Gemeinden sich gedrückt fühlen werden, weil den ihnen auferlegten Pflichten nicht entsprechende Rechte gegenüber stehen und daß der Unwille darüber sich gegen Lehrer und Schul-

wesen wendet. Fordern wir mehr von den Gemeinden, so müssen wir auch in der Lage sein, ihnen das zu bieten, was sie zu fordern wohl berechtigt sind. Der Art. 24 der Verfassung garantiert den Gemeinden die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Schule, die Beteiligung bei der Anstellung der Lehrer. Diese Rechte sind ihnen vielfach vorenthalten worden. Außerdem empfiehlt es sich aber auch nicht, den kleinen Kreis der Gemeinde zu derartigen Leistungen heranzuziehen, sondern man muß dieselben auf den großen Kreis des Staates vertheilen, um nicht einzelne Gemeinden unter den besonderen ungunstigen Verhältnissen leiden zu lassen. Meine Herren! Halten wir daran fest, daß die Dotation ein sehr wesentlicher Theil der durch das Unterrichtsgesetz zu regelnden Materie ist, und daß nicht bloß der Lehrer Noth leidet, sondern auch die Schule (sehr wahr!), daß wir daher, wenn wir die Dotation in die Hände der Staatsregierung legen, die Vorlage des Unterrichtsgesetzes sicher nicht zu erwarten haben. Im Jahre 1862 hat die Regierung schon die Erklärung abgegeben, daß im Winter 1863 das Unterrichtsgesetz vorgelegt werden solle, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß der Entwurf vollkommen den nach Artikel 26 der Verfassung zu machenden Anforderungen entsprechen werde, und jetzt im Jahre 1865, ist der Entwurf uns noch vorenthalten. Da kann man nur sagen, daß ganz offenbar der gute Wille fehlt, und wenn wir das einsehen, so kann es nicht unsere Sache sein, der Regierung ihr Thun zu erleichtern. (Bravo!) Das wäre eine gefährliche Bahn, und ich bitte Sie, dieselbe nicht einzuschlagen, vielmehr darauf zu bestehen, daß die Regierung endlich den Entwurf des Unterrichtsgesetzes, und als Theil desselben eine feste Norm für die Dotation der Schulen und die Befoldung der Lehrer dem Hause vorlege. Ich schlage dem hohen Hause vor, diese Resolution ganz in derselben Form zu halten, welche der im Jahre 1863 in derselben Richtung gefasste Beschluß hatte. — Nachdem der Regierungs-Commissar erklärt hat, daß die Regierung sich stets nach den Gesetzen und der Verfassung richten werde, und der Abg. Harfort als Referent den Commissionsvorschlag verteidigt hat, wird zur Abstimmung geschritten, der Antrag des Abg. Richter verworfen, der Commissionsvorschlag angenommen. — Das Haus kehrt, da sich mittlerweile ein Vertreter des Ministers des Innern (Geheimer Regierungsrath Ribbeck) eingefunden hat, nunmehr zu dem vorher verlassenen Gegenstande zurück. Abg. Immermann: Des Ministers Rescript ist verfassungswidrig. Wir haben eine Revolution von oben. Die Regierung verfährt wie ein bankrotter Kaufmann. Abg. Becker (Dortmund) tritt für seinen Antrag ein. Reg.-Commiss. Ribbeck: Der Herr Minister bittet um Uebergang zur Tagesordnung nach dem Antrage der Commission. Ich finde mich nicht veranlaßt, mich ausführlich zu erklären. Abg. v. Carlowitz wundert sich, daß der Justizminister den Eingriff in die Justiz zugegeben hat. Abg. John (Coblenz): Dies Verfahren ist ganz neu. Die Verfassung ist in §. 82 verletzt. Reg.-Commiss. Ribbeck: Ich will meine Erklärung ergänzen: Die Regierung hat nichts Verfassungswidriges gethan. Abg. Schulze (Berlin) empfiehlt, Abg. v. Eulenburg widerrieth die Annahme des Becker'schen Antrags. Abg. Birchow: Die Regierung mag doch sagen, wie sie zur Sache steht. Wir vertheidigen das monarchische Recht. Des Commissions Erklärungen sind aphoristisch. Reg.-Commiss. Ribbeck: Ich bin nur Commissar und rede hier in höherem Auftrage. Der Herr Minister wird sich deutlicher ausdrücken. Auf Grund dieser Aeußerung nimmt das Haus einen Antrag Immermann's an, die Petition an die Commission zurückzuverweisen. Zu einer Petition wegen unrichtiger Veranlagung der Gebäudesteuer erklärt der Finanzminister v. Bodelschwingh, er werde eine Revision der Veranlagung eintreten lassen. Damit schließt die Sitzung um 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag, Vormittag 10 Uhr. Zur Berathung gelangen der 1. Bericht der Budget-Commission, das Hausreglement in Hohenzollern und andere Berichte.

Die Abgeordnetenhaus-Commission, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Marineverwaltung, hat sich folgendermaßen konstituiert: Abg. v. Carlowitz ist Vorsitzender, Abg. Löwe-Vochum Stellvertreter, Abg. Cornely Schriftführer, Abg. Ralfow Stellvertreter des Schriftführers. Mitglieder der Commission sind: Schulze-Berlin, Gneiss, Bunsen, Dunder, Heinrichs, Runge, Schmidt-Randow, Köppl, Müller, Koch, Stavenhagen, Birchow, Kers, Schröder, Harfort, Harfort 1., Sauten-Julienfelde, Leeden.

Das Herrenhaus nahm heute mit großer Majorität die Eisenbahn-Vorlagen nach den Anträgen seiner Commission an.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: Die Mittheilung der „Provinzial-Correspondenz“, daß die Einleitungen zur Ausführung der abgelehnten Bankerweiterung in Kraft bleiben sollten, sei irrig, die Regierung werde nichts derartiges thun.

In Bezug auf die Anfragen, welche von der Majorität der Mitausschuss-Commission an den Regierungscommissar wiederholt darüber gerichtet worden sind, welche Aenderungen der Novelle die Regierung sich wohl gefallen lassen würde, schreibt der officielle berliner Correspondent der „Eib. Ztg.“, daß dieselbe sich durchaus nicht in der Lage glaubt, ihre eigene Vorlage zu amendiren, und das in diesem Augenblicke wohl um so weniger, als alle Amendirungsversuche innerhalb der Commission thatsächlich mißlungen sind; es wird vielmehr Sache des Abgeordnetenhauses sein, darüber schlüssig zu werden, ob und welche Vermittlungsvorschläge dasselbe der erneuten Erwägung der Regierung unterbreiten könne.

Der „Schleswig-Holst. Ztg.“ entnehmen wir die Resolution in der Schleswig-Holsteinischen Frage, welche der Abg. Birchow in der Fraktion der Fortschrittspartei in Vorschlag brachte. Dieselbe lautete:

1) Die baldige Beendigung des Protocollums in den Elberzogthümern, und insbesondere die definitive Konstitution Schleswig-Holsteins, liegt eben so sehr im preussischen als im deutschen Interesse. 2) Die definitive Konstitution Schleswig-

Holsteins, sowie die Ordnung des Verhältnisses zwischen Preußen und den Herzogthümern darf nicht ohne Zustimmung der Herzogthümer erfolgen. 3) Indem Preußen den Schutz der deutschen Nordmarken nach außen übernimmt, hat es als Gegenleistung zu fordern, daß ihm von den Herzogthümern Territorial-Abtretungen zu Marine-Etablissemens, die Stellung eines Kontingents zur Seemehr und ein verhältnismäßiger Beitrag zu den Kosten der Marine, so wie die Führung des schleswig-holsteinischen Heeres im Kriege und die Inhabition desselben im Frieden vertragsmäßig zugegeben werde. 4) Der Beitritt der Herzogthümer zum Zollverein ist sobald als möglich herbeizuführen.

Von mehreren Mitgliedern wurden andere Resolutionen vorgeschlagen. Wie schon mitgetheilt, wurde nach längerer Debatte mit sehr großer Majorität beschlossen, vorerst im Hause die schleswig-holsteinische Frage nicht zur Diskussion zu bringen.

Zwischen Preußen und Schweden ist ein neuer Postvertrag abgeschlossen worden, welcher mit dem 1. Mai in Kraft tritt. Damit erlischt der bis dahin gültige Postvertrag. Das Gesamtporto beträgt (2 Sgr. Seepost eingerechnet) frankirt für Schweden 6 Sgr., für Norwegen 8 1/2 Sgr., im Nichtfrankirungsfalle tritt 1 Sgr. hinzu. Der einfache Briefe wird bei der Correspondenz aus Preußen bis ein Loth einschließlichs berechnet.

Der Bischof Pellgram von Erier ist vom Papsi am 27. v. M. zum Cardinal creirt worden.

Eine in Berlin vielgekannte Persönlichkeit, der Kammergerichts-Assessor a. D. Eduard Wache, ist vorgestern Vormittag am Herzschlag gestorben.

Die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer und die neue Vertheilung derselben haben bei den kleineren wie bei den größeren Grundbesitzern des Elbinger Kreises, besonders in der Niederung, eine große Mißstimmung hervorgerufen. In Bezug hierauf ist eine mit einigen sechzig Unterschriften bedeckte Petition zur Ueberredung an das Abgeordnetenhaus dem Abgeordneten v. Forckenbeck übergeben worden. Die Mehrzahl der Unterzeichner gehören der conservativen Partei an.

In den letzten Tagen sind viele Arbeiter hier eingetroffen, welche nach Kiel beordert werden, wo sie zur Ausführung der projectirten Canal- und Wasserbauten engagirt sind.

Nachdem Montevideo von dem brasilianischen Heer, das im Bündniß mit dem Rebellenhäuptling Flores die Republik Uruguay ohne Kriegserklärung überfiel, besetzt worden ist, erläßt der General-Consul Sturz am 4. April die Erklärung, daß er das General-Consulat von Uruguay niedergelegt, weil an die Stelle der rechtmäßigen Regierung die anarchische Despotie des Flores unter der Suzeränität Brasiliens getreten sei.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., d. 6. April. (Directe Meldung d. „Dresd. Journ.“) In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung ist der von Baiern, Sachsen und Großherzogthum Hessen am 27. März bezüglich der Herzogthümerfrage eingebrachte Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Luremburg enthielt sich der Abstimmung; Preußen, Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, die 15. und die 17. Curie stimmten dagegen. Nach der Schlußziehung erfolgte ein Protest von Seiten Oldenburgs. Oesterreich erklärte sich bereit, durch Abtretung der im Friedensvertrage erworbenen Rechte an den Erbprinzen von Augustenburg, wenn auch Preußen damit einverstanden, die beantragte Lösung herbeizuführen; es werde auf beschleunigte Entscheidung dringen auf die erworbenen Besitztitel nicht verzichten, bis nicht eine den deutschen Interessen entsprechende Lösung erreicht wäre. Preußen erklärte sich auch bereit zur Verständigung. Dieselbe sei inbezug unerlässlich bedingt durch eine vorgängige Prüfung aller, namentlich auch seiner eigenen Ansprüche; es werde die Rechte des gemeinsamen Besitzes wahren bis zu einer, seiner eigenen Ueberzeugung und den gemeinschaftlichen Interessen genügenden Lösung, erkläre aber schon jetzt eine Beachtung der im Bundesbeschlusse ausgesprochenen Erwartung nicht in Aussicht stellen zu können.

*) Der Antrag vom 27. März lautet: „Sehe Bundesversammlung wolle unter Vorbehalt weiterer Beschlußfassung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen gefallen, dem Gebirgen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung nunmehr zu übergeben, bezüglich der wegen des Herzogthums Rauenburg aber unter ihnen getroffenen Vereinbarungen der Bundesversammlung Eröffnung zugehen zu lassen.“

Ekernförde, d. 5. April. Unter endlosem Jubel fand der Einzug der Kanone für Preuser's Grab statt. Tausende waren dazu herbeigeströmt. Die Stadt ist prachvoll ausgeschmückt.

Wien, d. 6. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Berathung über das Budget des Finanzministeriums fortgesetzt. Hierauf wurde ein aus 15 Mitgliedern bestehender Ausschuss für den von der Regierung vorgelegten neuen Zolltarif gewählt. Das Haus hat sich darauf wegen des bevorstehenden Festes bis zum 24. April vertagt.

Paris, d. 6. April. Aus Florenz wird gemeldet, daß der ehemalige Minister Fantti gefordert ist. — Laut Berichten aus Madrid wird die Nachricht der „Epoca“ über eine zwischen dem päpstlichen Nuntius und dem Marschall Narvaez stattgefundene Conferenz demontirt. — Lissaboner Berichte theilen mit, daß der Gouverneur des Forts Belem als Genugthuung für die der amerikanischen Union zugefügte Unbilde seines Amtes enthoben worden sei.

London, d. 5. April. Nach Berichten aus Schanghai vom 23. Februar haben die muhamedanischen Insurgenten Tschung und Loyang genommen. Die chinesische Garnison zu Hinghoo hat sich empört. — Aus Melbourne wird vom 23. Februar gemeldet, daß der Krieg auf Neu-Seeland wieder begonnen hat. — Ein englisches Detachement in Presmane wurde von den Australischen zerprengt, sammelte sich aber später wieder.

Bekanntmachungen.

Auction

von

Marmor-, Marmor- und Marmor-Baaren.

Montag den 10. d. M. u. folg. Tage Vormitt. von 10 Uhr ab versteigere ich im Hotel „zum goldenen Ring“ 1 Tr. hoch allhier: Aus der Königl. Italienischen Marmorfabrik in Florenz von den ersten Künstlern ausgeführte Phantasiegruppen, Vasen, Schreibzeuge u. Kurzsgegenstände, Antiken von Pompeji u. Herculaneum; eignen sich zu geschmackvollen Ausschmückungen von Salons, Wohnzimmern u. Lustgärten. (Sonntag den 9. d. M. Vormitt. von 11 Uhr bis Nachmitt. 2 Uhr stehen die Gegenstände zur gefälligen Ansicht).

J. H. Brandt, Kreis-Auct.-Commiss. u. ger. Taxator.

Die Fluk-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg

versichert nach und von Halle gegen feste und billige Prämien und gewährt den Versicherten, nach dem Umfang der gezahlten Prämien, einen hohen Rabatt.

Die soliden Grundsätze dieser Gesellschaft sind seit einer Reihe von Jahren anerkannt und empfehlen wir uns zur Aufnahme von Versicherungen.

Halle, den 6. April 1865.

W. Kersten & Co.,

Bevollmächtigte.

Barfüßerstraße Nr. 6, 1 Etage.

H. Böhmer,

Fabrik v. Brückenwaagen u. landwirthschaftlichen Maschinen, vor dem Steinthor, vis-à-vis Rossplatz.

empfiehlt zur gefäll. Abnahme:

Decimal- und Centesimal-Brückenwaagen in allen Größen und jeder Tragkraft, nach neuester Vorschrift in Holz oder ganz Eisen, Viehwaagen unter 2jähriger Garantie.

Ferner: **Dresch-, Drill- und Häcksel-Maschinen; Ketten-Jauchepumpen** neuester Construction; **Gartenspritzen**, wie auch **Ringelwalzen** in allen Größen u. c.

Reparaturen aller Art werden prompt und zu soliden Preisen ausgeführt. — Unzweckmäßig konstruirte Maschinen wie Waagen werden auf Wunsch entweder umgearbeitet oder in Zahlung angenommen.

Dresdner Bierhalle. Morgen früh Sonntag d. 9. d. M. Speckfuchen.

Mathskeller in Gömnern.

Heute Sonnabend großes Schlachtfest, dazu ein feines Glas Culmbacher und Dresdner Waldschlößchen Versandt-Bier, wozu ergebenst einladet

Carl Schwarz.

Holz-Auction.

Montag den 10. April sollen im Gasthof zu Niemberg altes Bauholz, noch sehr brauchbar, sowie Kessel-, Birn- und Nussbäume meistbietend verkauft werden.

Sehr vortheilhafter Gasthofsverkauf.

56 Acker Areal, mit schwunghafter Brennerei, 4 Pferde, 16 St. Rindvieh, 20 Schweine, Alles im besten Stande. Preis 20 Mille, Anzahlung 8 Mille. Näheres ertheilt

H. Gäbler in Schkeuditz.

Ein Stadt-Rittergut in Sachsen,

180 Acker Areal, Brennerei, Ziegelei, Kaltbrennerei, 1 Mahlmühle, giebt 600 \mathcal{M} . Pacht, ein Kalksteinbruch, Sandgrube, 11 Pferde, 40 St. Rindvieh, 30 Schweine, 400 Schaafe. Preis 130 Mille, Anzahlung 40 Mille. Alles Nähere ertheilt das **Commissions- & Agentur-Geschäft v. H. Gäbler** in Schkeuditz.

Ein nahrhafter Gasthof in der Stadt oder auf dem Lande wird zu kaufen oder zu pachten gesucht. Offerten werden unter K. K. poste restante Halle franco erbeten.

Eine anst. möbl. Wohnung mit Cabinet und Burschengelass wird gesucht. Off. gef. bei **Gd. Stückrath** in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Geschäfts-Gründung.

Den geehrten Bewohnern von Holleben und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mich in hiesigen Orte als Schneidemeister etablirt habe, indem ich mich zur Anfertigung aller in mein Fach einschlagender Arbeit unter reellster Bedienung und billigster Preisnotirung bestens empfehle.

F. August Gröbel, Schneidemeister in Holleben.

Commissiöns-Gesuch.

Ein Commiss, gelehrter Detaillist, jetzt längere Zeit in einem lebhaften Detailgeschäft Leipzig thätig, sucht pr. 1. Mai c. in einem Detailgeschäft oder auf dem Lager eines Engros-Geschäfts Engagement. Beste Empfehlungen stehen demselben zur Seite. Gef. Adressen werden unter W. R. # 100 poste restante Leipzig erbeten.

Ein routinirter Geschäftsmann sucht eine Stelle als Buchhalter oder Rechnungsführer unter bescheidenen Ansprüchen hier am Plage oder außerhalb. Auch würde derselbe ebenso gern stundenweise Beschäftigungen übernehmen. Adressen unter M. T. beliebe man im Laden des Herrn **C. Tornow**, Klausthorstraße Nr. 20, zur Weiterbeförderung geneigtest franco abzugeben.

3500 und 1600 \mathcal{M} . sind auf gute ländliche Hypothek zu einem billigen Zinsfuß pr. 1. Mai auszuleihen durch

Aug. Markert, Geißstraße Nr. 50.

Seht amerikanischen Pferdezahl-Mais offeriren Steuer & Zander.

Auf hiesigen Plage betreibe ich seit dem 1. Februar d. J. die advocatorische und notarielle Praxis.

Leipzig, Markt Nr. 811.

Advocat Anton Bornemann.

Ein Verwalter findet sogleich eine Stelle auf der Domaine Schladebach bei Dürrenberg.

H. G. Strauß.

Einen Sohn rechtlicher Eltern, welcher Lust hat Maler zu werden, nimmt unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre

A. Homstädt,

Maler und Lackier in Gröbzig.

Gebauer-Schweitschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Niederlage:

Hoffisches Malzbier à Flasche 7 \mathcal{S} gr.,
Gesundheits-Chocoladen à 1/8 \mathcal{S} gr.,
4 u. 1 \mathcal{S} gr.

Times Kraftgries à Pack 2 1/2 \mathcal{S} gr.,
3 1/2, 5 und 7 1/2 \mathcal{S} gr.

Baschins gereinigten, so hell wie Krappall,
Leberthran à Flasche 10 \mathcal{S} gr. bei
C. Müller.

Leere Porterbier-, Hoffische Malz-
extractflaschen, auch Weinflaschen
kauft zum höchsten Preise C. Müller.

Frischen Dorsch u. Schellfisch,
Extra fetten Rhein- und Weser-
lachs.

Russischen Caviar à 1/2 \mathcal{S} gr. 12 1/2 \mathcal{S} gr.,
Neunaugen, à Schock 3 \mathcal{S} gr.,
welche bisher 5 \mathcal{S} gr. gekostet ha-
ben, in Folge des großen Fanges
der Preis so ermäßigt ist.

C. Müller.

Aetznatron z. Seifekochen
bei Helmbold & Co., Leipzigerstr. 109.

Sonig zum Bienenfüttern
bei Helmbold & Co.

Ammendorf.

Sonntag Gesellschaftstag, Omni-
busfahrt. Natfch.

Letztin.

Sonntag den 9. d. M. großes Vocal- und
Instrumental-Concert des beliebten Komikers
Herrn Wittig nebst seiner Damen-Kapelle.
Anfang 7 Uhr. Programme an der Kasse.
Dierzu ladet ergebenst ein

Fischer, Gastwirth.

Stadt-Theater in Gisleben.

Sonntag den 9. April 1865:

Wilhelm Tell.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.

Am Mittwoch den 5. März Nachmittags
2 Uhr wurden wir durch die Geburt eines mun-
tern Knaben erfreut.

Gustav Gramm und Frau.

Todes-Anzeige.

Am 5. d. M. starb Abends 8 1/2 Uhr unter
guter Sohn, Bruder und Schwager **Heinrich
Gustav Köpzig**, im Alter von 21 Jahren
7 Tagen.

Schwer geprüft bitten um stille Theilnahme
die Hinterbliebenen.

Niemberg, d. 6. April 1865.

Todes-Anzeige.

Statt jeder besonderen Meldung hiermit die
traurige Anzeige, daß heute Morgen um 7 Uhr
mein guter Mann, der Rentant **Ströbel**, im
57. Lebensjahre nach langen Leiden sanft ent-
schlafen ist.

Zeitz, d. 4. April 1865.

Eusefine Ströbel

verw. gewes. Naust geb. Eingewald.

Am 2. April c. starb hieselbst nach längerem
Leiden der Cantor Herr **August Kramer**
in dem Alter von 65 Jahren. Sein Schiden
erfüllt die Gemeinde Volkstedt mit gerechtem
Schmerze; denn sie verliert in ihm den eben so
tüchtigen als treuen Lehrer ihrer Jugend. Durch
die Biederkeit und Geradheit seines Charac-
ters, wie durch die Unermüdblichkeit und Treue, mit
welcher er 31 1/2 Jahr in Volkstedt in seinem
mühevollen Amte mit sichtbarem Segen gewirkt,
hat er sich in den Herzen aller Gemeindeglieder
ein unvergängliches Denkmal gestiftet. Friede
seiner Asche!

Volkstedt, den 5. April 1865.

Der Orts-Vorstand.

Deutschland.

Koblenz, d. 3. April. Der Kreisstag hat die Beschließung der Jubelfeier mit 7 gegen 6 Stimmen beschloffen, und ehe er in die Wahl eintrat, folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Indem der Kreisstag zur Wahl zweier Deputirten zur Bewohnung der Jubelfeier in Sachen schreitet, ist derselbe durchaus nicht gewillt, dem jetzigen Regierungssysteme zuzustimmen, sondern vollzieht der Kreisstag hiermit nur einen Act der Liebe gegen Sr. Majestät den König und das königliche Haus.“ (Rh. Ztg.)

Glogau, d. 1. April. Heute Mittag wurde dem hiesigen königl. Kreisgericht die Appellations-Rechtserfertigungsschrift in dem bekannten Koblenzprozess gegen die Redaction des „Niederhessischen Anzeigers“ überreicht. Es war ein 50 Bogen umfassendes Actenstück, dem die Gutachten des Professors Nalcha in Prag und des Privat-Docenten Dr. Husemann in Göttingen beigefügt waren. Der Termin zur Verhandlung der Sache in zweiter Instanz dürfte bis Ende Mai hinausgeschoben bleiben. — Die „Br. Ztg.“ theilt bei dieser Gelegenheit mit, daß der Pionier Nowag, welchem vor acht Tagen das kriegsgerichtliche Erkenntnis publicirt worden, welches ihn zu 3 Wochen Mißtharkeit verurtheilt, seine Strafe bereits am verfloffenen Montag angetreten hat.

Gumbinnen, d. 4. April. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit auf Verfügung der hiesigen Regierung die Exekution gegen den hiesigen Magistrat auf Höhe von 550 Thlr. — zur Anschaffung einer zweiten Spritze — in der Weise vollstreckt, daß der mit der Ausführung der Exekution beauftragte Landrath Burghard die Stadtkasse durch einen Schlosser öffnen ließ und die bezugtreibende Summe daraus entnahm, nachdem der betreffende Kassenbeamte sich geweigert hatte, das Geld freiwillig herauszugeben. Jetzt soll, wie die „Pr. L. Ztg.“ mittheilt, die Regierung durch den Minister des Innern angewiesen worden sein, der Stadtkasse die daraus entnommenen 550 Thlr. wieder zurückzahlen.

Hamburg. Die Auflösung der Zünfte ist jetzt als vollendet zu betrachten und ist sie, wenn auch kleine Differenzen bei Verteilung des Amts-Vermögens nicht ausgeblieben sind, in friedlicher Weise von Statten gegangen. Die Gewerbebefreiung hat sich hier eigentlich bis jetzt nur in zwei Gewerben bemerkbar gemacht, in dem der Schuhmacher und dem der Bäcker.

Deßau, d. 5. April. Nachdem gestern die Vorlage der Staatsregierung wegen des Neubaus eines Hoflärger auf 160,000 Thlr. veranschlagten Regierungsgebäudes mit großer Majorität vom Landtage verworfen worden, ist derselbe, nachdem nunmehr sämtliche Vorlagen erledigt sind, heute durch den Landtagscommissarius Wilklichen Geheimen Rath Dr. Sinitius im Auftrage Sr. Hoheit geschlossen worden. Eine Schlussrede von Seiten des Landtagscommissarius fand nicht statt. Daher wieder ein Wort des Lobes, noch des Tadels, sondern einfacher Schluss.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheit.

Oesterreich hatte, wie seiner Zeit berichtet, unterm Datum vom 19. März, den von den Mittelstaaten in der Herzogthümerfrage vorbereiteten Antrag, unter gleichzeitiger Darlegung seiner eigenen Stellung zu diesem Antrage, nach Berlin mitgetheilt; unter dem Datum vom 24. März hat Preußen auf diese Mittheilung geantwortet. Die bezügliche Depesche dankt dem österreichischen Cabinet zuvörderst für eine Communication, in welcher man mit Genugthuung den Wunsch erkenne, den bestehenden „freundschaftlichen Verhältnissen“ entsprechend die „Gemeinsamkeit in der geschäftlichen Behandlung der Frage auch am Bunde festzuhalten“, sie glaubt aber sofort hinzuzufügen zu müssen, daß eine Verhinderung in dieser Beziehung nur dann zu ermöglichen sein werde, wenn die Ansicht, welche sich Oesterreich über den vorliegenden Antrag gebildet, „keine unwiderrufliche“ sei. Der Antrag „gehe viel weiter, als Preußen erwartet“ habe. Es habe erwartet, daß die Mittelstaaten zur Erleichterung eines Einverständnisses der beiden Großmächte den Wunsch äußern würden, Mittheilungen sowohl über den Inhalt der bisher geführten Verhandlungen als über ihre ferneren Intentionen zu erhalten, und einem solchen Wunsche würde Preußen mit „bundesfreundlicher Bereitwilligkeit“ und unter Anfügung der betreffenden Actenstücke gern entsprochen haben. Aber statt dessen gebe der Antrag geradezu die „Erwartung“ kund, daß die Herzogthümer dem Erbprinzen von Augustenburg nunmehr in eigene Verwaltung würden überantwortet werden, unangesehen der vom Großherzog von Oldenburg bereits angemeldeten und noch gar nicht in Behandlung genommenen Ansprüche, unangesehen ferner der Rechte des Königs Christian, welche seitdem auf Oesterreich und Preußen übergegangen, unangesehen endlich der eigenen Brandenburgischen Rechte, auf deren Geltendmachung Preußen bis jetzt nur in der Hoffnung eines Ausgleichs verzichten zu dürfen geglaubt. Das sei der Sache nach eine förmliche Entscheidung der streitigen Erbfolge durch den Bund, wenn auch nur auf dem Umwege einer petitio principii, und dazu fehle dem Bunde, wie Oesterreich selbst jederzeit anerkannt habe, jede Competenz; Oesterreich, Preußen und der Bund könnten wohl als Faktoren der Erörterung, nicht aber der Entscheidung in Betracht kommen, die Entscheidung ruhe vielmehr ausschließlich bei Oesterreich und Preußen. Ganz ohne Grund ziehe man die Erklärung an, welche auf der Londoner Conferenz auch Preußen zu Gunsten des Augustenburgischen Rechtes abgegeben. Damals seien außer diesem Rechte nur die eigenen preussischen Rechte, auf welche Preußen habe verzichten dürfen, und die Rechte des Königs von Dänemark, mit welchen man sich

im Krieg befunden, vorhanden gewesen, und damals habe es gegolten, die Gefahr einer europäischen Verwicklung abzuwenden; jetzt aber seien die Umstände vollständig verändert und jetzt werde Preußen nicht in der Lage sein, eine Erklärung zu wiederholen, die ohnehin, nachdem die Londoner Conferenz sie abgelehnt, hinfällig geworden. . . . Dem vereinten Einflusse der beiden Großmächte werde es ohne Zweifel gelingen, die Zurückziehung oder die Modification oder eventuell die Ablehnung des mittelstaatlichen Antrages zuwege zu bringen. Würde aber Oesterreich in dieser Richtung seine Mitwirkung versagen, so würde Preußen nicht im Stande sein, ihm auf seinem Wege zu folgen, sondern sich genöthigt sehen, so sehr es auch seinerseits eine beschleunigte Lösung wünscht, nach „ausdrücklich und entschieden“ Ablehnung jenes Antrags auf der strengen rechtlichen Prüfung aller vorhandenen Erbanprüche zu bestehen, denen es alsdann die feintigen hinzuzufügen nicht ermangeln werde. Ein Bundesbeschluß im Sinne des mittelstaatlichen Antrags würde entweder folgenlos sein und alsdann der Würde des Bundes eine tiefe Wunde schlagen, oder den Keim bedauernswerther und unabsehbarer Conflict in sich tragen. „Besetzt von dem Geiste bundesfreundlicher Verhältnlichkeit — so schließt die Depesche — wird Preußen solche Conflict nach Kräften auszugleichen oder zu mildern suchen, aber das Bemühen, seinerseits nicht die Verantwortlichkeit dafür zu tragen, wird Sr. Majestät dem Könige auch die Entschlossenheit verleihen, an dem Rechte Preußens selbst dann festzuhalten, wenn dasselbe nicht bloß von einzelnen Bundesregierungen, sondern von der Majorität seiner Bundesgenossen verkannt werden sollte.“

Italien.

General Montebello hat mehrere Compagnien seiner Truppen zur Verfolgung der Räuberbanden, welche aus dem Römischen einen Einfall in die ital. Provinz Aquila (die ehemalige Provinz Abruzzo Ultriore Secundo) machen wollten. In dem Geschehe bei Bauco hatten die Franzosen 3 Tode und 25 Vermundete; die Ehre der französischen Fahnen ist also reichlich engagirt. Laut den neuesten neapolitanischen Blättern ist eine Bande von 40 Mann vom Römischen aus dennoch in die Abruzzen eingefallen und hat zunächst einen Gutsbesitzer in San Giorgio gebrandschaft. Der Räuber Tamburini, welcher in Neapel im Gefängnisse sitzt, hat vor dem Richter ausgelagt, der Graf von Aquila habe ihn bewogen, noch einmal sein Glück auf dem Kampfsplatz zu versuchen; er sei von den Leuten des Palastes Farnese gepöbert worden. Der Dienst der Franzosen ist ein höchst beschwerlicher, da der Nachwinter in den Bergen eifig ist und die Banden als Einheimische der Gebirge kundiger sind, als die Fremden, auch zweckmäßigere Fußbekleidung haben und mit vortrefflichen Waffen aus englischen Fabriken versehen sind.

Amerika.

Die neuesten Berichte vom Nordamerikanischen Kriegsschauplatz enthalten wenig zuverlässiges. Johnstone, der General der Südstaatlichen, hat seiner eigenen Meldung zufolge am 19. März die Bundesruppen, worunter die unionistischen Blätter jedoch nur die Vorhut Sherman's erkennen wollen, bei Bentonville, 20 Meilen von Goldsborough, geschlagen und dabei Kanonen erbeutet. Obwohl Johnstone von einem großen Verlust von Seiten der Unionstruppen spricht, kann derselbe doch kaum bedeutend gewesen sein, da die Bundesruppen sofort die Offensive ergriffen und sich gegen ihn behaupteten. Die Südstaaten-Journale melden ferner, daß Harden wenige Tage zuvor bei Averysboro einen Sieg erfochten und den Unionisten einen Verlust von 2 bis 3000 Mann beigebracht habe, doch fehlt auch diesem Bericht noch die Bestätigung. Alle weiteren Nachrichten widersprechen einander und entbehren jeder Klarheit.

Der Präsident Lincoln hat sich nach City-Point zu einem Besuche bei Grant begeben. Die Tour soll keinen weiteren Zweck als eine augenblickliche Erholung von den Anstrengungen des Amtes haben. — Der südstaatliche Congress hat eine ermutigende Ansprache an das Volk erlassen, worin die Unterjochung der Confederation als eine geographische Unmöglichkeit bezeichnet wird. In einer Antwort auf die Botschaft des Präsidenten Davis bemerkt der Congress, daß er seine Verfabrungsweise in allen legislativen Fragen vertheidigen werde. Davis wird der Zauberei bezichtigt, seine neuerdings empfohlenen Maßregeln aber als Keime der Unordnung und des Zwiespalts getadelt. Der Schatzsecretär der Confederirten ist ermächtigt worden, drei Millionen Dollars in Baar zur Bestreitung der Armeebedürfnisse aufzunehmen; schlägt die Anleihe fehl, so soll ungemünztes Gold und ausländisches Geld mit 25 Prozent besteuert werden.

Im Süden Amerikas ist die Ruhe auch nicht wieder hergestellt. Wenn auch General Flores von Brasilien zum Präsidenten der Republik Uruguay eingeseht ist, so ist der Krieg damit doch nicht zu Ende. Paraguay steht immer noch mit dem Schwerte in der Hand da, und Nichts steht davon in der letzten mitgetheilten Depesche, das es gewillt ist, sich zu beugen. Ganze brasilianische Provinzen sind in Händen der Republikaner, welche bei ihren Eroberungen sich Waffen bedienten, welche stärker sind, als Bayonette; sie proclamirten sofort die Freilassung der Slaven. Paraguay ist ein stärkerer Gegner als Uruguay. Seine Truppen sind zu spät gekommen, um Montevideo zu retten, doch werden sie in den brasilianischen Provinzen weiter kämpfen.

Main table containing financial data for various categories: Fonds-Cours, Aktien, Eisenbahn-Aktien, and others. It lists numerous securities with their respective prices and denominations.

Die Börse war heute ganz lustlos und still, die Haltung matter; nur wenige Papiere, als russische Prämien-Anleihe, Rheinische, Lombarden, 1866er Loose waren beliebt...

Marktberichte.

Magdeburg, den 6. April. Weizen 48 1/4 - 47 1/2 pro Scheffel 84 lb. Roggen 37 pro Scheffel 84 lb. Gerste 1 1/2 pro Scheffel 50 lb. ... (Detailed market report for Magdeburg)

so schließt auch die Börse in recht hauer Stimmung, gefund. 1000 Ctr. ... (Continuation of market report and news from other locations like Breslau, Stettin, Hamburg, Amsterdam)

Gebauer-Schwesche'sche Buchdruckerei in Halle.



Japan.

Weitere Nachrichten aus Japan bestätigen, daß es der dortigen Regierung jetzt Ernst geworden ist, der feindseligen Haltung einiger Daimios gegen die Fremden entgegen zu treten. So wurde auf Veranlassung des Taikun der Daimio von Goshia durch richterlichen Spruch zur Degradirung verurtheilt, und dies Erkenntniß von Mikado bestätigt. Sofort gingen vier Kriegsschiffe mit einem Bataillon Landungstruppen nach der Residenz des Daimio ab, um das Urtheil in Ausführung zu bringen. Der Daimio flüchtete in das Innere, bot aber seine Unterwerfung an, wenn ihm die japanessische Genußthuung gewährt würde, sich vor den versammelten Truppen den Bauch aufzuschneiden. Der Führer der Executions-Expedition hielt sich nicht für bedugt, solche Ermächtigung zu ertheilen, und führte, da der Daimio sich jetzt nicht stellen wollte, das Erkenntniß gegen die Beamten des rebellischen Fürsten aus. Dieselben wurden degradirt und in die japanessische Armee gesteckt. Ueberdies ward eine Marmor Tafel an den Palast des flüchtigen gehetzt, in der folgende Worte eingegraben waren: „Der Fürst von Goshia ist dem Taikun ungehorsam gewesen und hat die Bewohner seines Landes zu einem Kriege gegen die Fremden veranlaßt, die sich in rechtmäßiger Weise in dem Kaiserreiche niedergelassen haben. Hierdurch hat er ein großes Unglück über sein Land heraufbeschworen, und er wird aus diesem Grunde degradirt, seiner Ehren und Würden für verlustig erklärt, und sein Eigenthum fällt dem Staate zu.“

Vermischtes.

Aus Florenz wird gemeldet, daß die Vorbereitungen zur Feier des Dante-Jubiläums im Mai unter Oberleitung des Baumeisters Falcino im vollen Gange sind. Das Fest wird äußerst brillant werden und Florenz als wirkliche „Blumenstadt“ erscheinen. Das auf dem Santa-Croce-Platz errichtete Monument wird mit achtunddreißig Basreliefs (Scenen aus dem Leben des großen Dichters) geschmückt sein und ein großes Transparent die Apotheose Dante's vorstellen. Schon jetzt sind die Nischen in der Stadt fabelhaft gefüllt, in entlegenen Quartieren ums Dreifache, in der Nähe der Via Calzavola aber ums Fünfzigfache. In aller Eile werden daher auf einem von dem Stadtrathe bewilligten Plage noch eiserne Häuser aufgeführt, um die ungeheuren Menschenmassen, welche zum Feste kommen werden, wenigstens über die Nächte der Jubelwoche zu beherbergen.

Augsburg, d. 29. März. Borige Woche wurde hier „Gute Nacht Hänschen“ oder: „Maria Theresia und ihr Hof“ gegeben. Das Haus war gut besetzt. Bei den herrlichen Worten Joseph's II. über die Jesuiten und das Haus Habsburg, über die Erbärmlichkeit der Ersteren und die von Despoten in Deutschland begangenen Sünden, brach ein Beifallssturm los, wie wir ihn selten gehört haben. Alles verlief begeistert das Theater! Die Geistlichkeit schämte vor Wuth und ließ ihren Ingrimm zunächst in der „N. Augsb. Ztg.“ aus. Dann wurde auch dem Theaterdirector scharf zugeteilt, das Stück nicht mehr zu geben. Der wackerer Mann blieb fest und beräumte die zweite Ausführung auf Dienstag Abend an. — Geistliche pilgerten in letzter Stunde zum Regierungspräsidenten v. Verchenfeld, um das Verbot des Stückes zu erbitten. Die Abends 5 Uhr anberaumte Sitzung des Politischen Senats konnte sich dahin nicht verhängen, weil das Publikum schon scharenweise zum Theater zog und man mit Recht befürchtete, bei der erregten Menge durch ein Verbot erst recht zu Erregnis anzuflachen. Die Vorstellung beginnt! Das Haus zum Erdrücken voll. Vor Schluß des ersten Actes einige kräftige Worte von Joseph II. gegen die Schlechtigkeit der Jesuiten. Allgemeines Bravo. Ein Pfiff. — Das Signal zur Schlacht war gegeben. Mit einem Bravo-Bravissimo ward die Antwort gegeben. Das Haus zitterte von dem Donner des Beifalls. Hierauf gräßliches Pfeifen im Parterre und von der Gallerie. Zwanzig Minuten kämpften Bravo und Pfeifen mit einander. Da ertönt der Ruf: „Schlagt die bezahlten Pfaffenknechte nieder!“ „Ublanen pfeifen.“ „Von allen Seiten wiederholt sich der Ruf: „Werft sie hinaus, hinaus mit den Pfeifern!“ Die Gallerie ward von 3 Pfeifern sofort geräumt. Die Pfeifer im Parterre, das Bedenkliche ihrer Lage einsehend, pfeifen zum Rückzuge. Die Ruhe ward hergestellt und das Stück unter ungeheurem Jubel und Beifall zu Ende gespielt.

Frankfurt a. M., d. 5. April. Eine großartigere Pferdemeße, als die diesjährige, welche heute zu Ende geht, haben wir noch nicht gehabt, seitdem die Pferdemeße hier etabliert sind. Aus allen Gegenden Deutschlands, wo Pferdewuchz zu Hause ist, wurde der Markt mit ausgezeichnet schönen Pferden aller Gattungen besetzt, darunter eben so sehr mit prachtvollen Luxus-Pferden, als mit schweren, richtigen Arbeits-Pferden. Die Listen weisen ungefähr 1800 ausgezeichnete Pferde nach, von denen mindestens 1000 Stück verkauft worden, und zwar zu Preisen, welche die Verkäufer so sehr befriedigten, daß sie einen Preis von 600 Fl. für das bevorstehende hiesige große Wertrennen listeten. Auch die Verlosung der vom Comité angekauften Pferde und Gespürte war diesmal bedeutender denn je, bedeutender sogar, als sie erwartet wurde; denn die Loose wurden schließlich zu dem dreifachen Preise verkauft. Die Verlosungs-Summe, welche zu Ankäufen verwendet wurde, belief sich auf 60,000 Fl. Die zur Verlosung angekauften Pferde, so wie diejenigen, welche prämiirt wurden, machten heute einen Triumphzug durch die Hauptstraßen der Stadt unter Beihilfung einer ungeheuren Volksmenge. Eben so findet heute Abend im „Saalbau“ die festliche Verlosung statt, bei welcher Gelegenheit für mannichfaltige Erheiterungen gesorgt ist. Es ist nicht mehr zu bezweifeln, daß die hiesigen Pferdemeße jetzt Alles überbie-

ten, was man bisher in Süddeutschland der Art hatte, namentlich sind dadurch die Pferdemeße in Mannheim und Stuttgart in den Schatten gestellt. (Kr.: 3.)

London. Die Belohnungsfrage für die Ueberführung Franz Müller's ist denn endlich in letzter Woche zum Austrage gekommen. Das Schatzamt hat entschieden, daß der gesammte Betrag von 300 Pfd. St. (2000 Thlr.) unverkürzt an den Drochsenfischer Mathews oder vielmehr an dessen darauf angewiesene Gläubiger in seinem Concurs ausgehändigt wird. Vorigen Montag, den 13. v. M. nahm Mr. Beard eine 100-Pfundnote zu Gunsten des Mathews von Seiten des Governements in Empfang, und Herr Roberts und die Londoner Nordbahn-Gesellschaft werden ihm nunmehr ebenfalls ihre respectiven ausgesetzten Belohnungen bald zugehen lassen. Mathews ist jetzt auch nicht länger mehr im Gefängniß, und man sagt, daß seine Gläubiger willens sind, mit Nachsicht gegen ihn zu verfahren.

Im Congreß zu Washington ist neulich ein interessantes Manöver der New-Yorker Firma Phelps, Dodge und Comp., um den auf Blei in Blöcken bestehenden hohen Eingangszoll zu umgehen, zur Sprache gekommen. Es wurde seit einiger Zeit über New-York eine unzählige Menge von Statuen, als Kunstwerke declarirt, eingeführt, die inessen für eine höchst einseitige Geschmacksrichtung Zeugniß ablegten; denn es wiederholten sich beständig die Statuen des Libertas, Washington's und Jefferson's; alle waren in Bleiguß ausgeführt. Gleichzeitig wiesen die New-Yorker Zolllisten eine entsprechende Abnahme der Einfuhr von Blei in Blöcken aus, so daß nunmehr die Einfuhr von Blei „in Statuen“, — Statuen sind als Kunstwerke zollfrei — verboten worden ist. Phelps, Dodge und Comp. ließen ihre Statuen nämlich umgießen und verkauften dann dieses Blei in Blöcken mit großem Vortheil an die Regierung, welche ihrerseits daraus Kugeln gießen ließ!

Aus der Provinz Sachsen.

Torgau, d. 5. April. Der gestern hier selbst abgehaltene Kreistag behandelte die Eisenbahnfrage. Anstatt der von den beteiligten Kreisen gemachten Anerbietungen, welche von der Regierung abgelehnt wurden, forderte dieselbe nunmehr, daß die durch die Halle-Sorauer oder Halle-Gubener Bahn berührten Kreise den nöthigen Grund und Boden unentgeltlich hergeben oder doch die Rückgarantie der Zinsen des Grundverwäls-Capitals mit 4 pCt. übernehmen sollten. Diese Vorschläge wurden zwar abgelehnt, jedoch von Seiten des Torgauer Kreisess die Summe von 30,000 Thln. zur Erwerbung des Bodens und von der Stadt Torgau der Raum für den Bahnhof (unter der Bedingung der Amortisation des Capitals von der Zeit an, wo die Bahn einen Reingewinn von mehr als 4 pCt. abwerfen) angeboten, eventuell mit der andern Proposition, eine Zinsgarantie bis zur Höhe von 4 pCt. zu übernehmen, jedoch erst vom 1. Januar des Jahres nach der Inbetriebsetzung der Bahn und nur auf die Dauer von 10 Jahren, beziehungsweise bis der Zuschuß sich auf 30,000 Thlr. beläuft. Es ist große Hoffnung vorhanden, daß bei ähnlicher Aferwilligkeit der übrigen Kreise die Regierung diese Anerbietungen acceptiren und der Bau der Bahn endlich in Angriff genommen werde.

Man schreibt der „B. B.-Z.“ aus Torgau: „Die Nachricht von der am 1. April c. vom Disciplinargerichtshofe gegen den Professor Arndt hier ausgesprochenen Dienstentlassung mit $\frac{3}{4}$ der gesetzlichen Pension hat, wie er zu erwarten war, auch in weiteren Kreisen Aufsehen und Theilnahme erregt. Die Zahl seiner Schüler ist groß und in allen Schichten der Gesellschaft vertreten; sie alle sind von jeher gewohnt, in ihm den eben so gerechten als pflichtgetreuen Lehrer zu erkennen und zu verehren, dessen seltene Lehrbefähigung jede ihm anvertraute Disciplin den Lernenden zugänglich und lieb zu machen wußte, und dessen ganzes Wirken für Jedermann ein unvergessliches Vorbild für das fernere Berufsleben bleiben mußte. Die Aufgabe, daß der von Herrn Arndt verweigerte Austritt aus dem Nationalverein der Grund seiner Entlassung sei, findet hier deshalb noch nicht allgemeinen Glauben, weil man es unerklärlich findet, daß ein so verdienter Mann aus einer derartigen Veranlassung seiner auch von den vorgesezten Behörden stets anerkannten fruchtbareren Thätigkeit entlassen sein soll.“

Geistliches Concert in der Marktkirche.

Wie die Singacademie die Feier zum Gedächtniß der Gestorbenen, so pflegt seit einer langen Reihe von Jahren der hiesige Thiemische Gesangverein die Feier des Charfreitags durch eine würdige Aufführung großer, geeigneter Musikwerke zu erhöhen. Gemüth ist das ein sehr anerkennenswerthes Unternehmen, denn was könnte wohl auf ein religiöses Gemüth einen erhabenderen Eindruck hervorbringen, als das anhängige Sicheresinken in die herrlichen Tonschöpfungen gottbegünstigter Meister!

Auch für den kommenden Charfreitag bereitet der genannte Thiemische Gesangverein die Aufführung zweier ausgezeichneten Musikwerke vor, nämlich die des berühmten „Stabat mater“ von Pergolesi und die des Dratoriums „Christus am Delberge“ von Beethoven. Die Solopartien sind von Fel. Schuerlein, Frau A., Hrn. Lehrer Kühnas aus Bernburg und Hrn. Kirchner gefälligst übernommen, der Chor des Vereins ist durch Hinzuziehung anderer Sänger bedeutend verstärkt worden.

Dem kunstfanigen Publikum kann mit voller Berechtigung die Besuch dieser Musik-Aufführung empfohlen werden, die am Charfreitag Nachmittag 4 Uhr in der hiesigen Kirche zu U. L. F. stattfinden wird.

Verzeichniß

der in der Sitzung der Stadtverordneten
am 10. April 1865 zu verhandelnden Sachen.

Anfang 4 Uhr.

Öffentliche Sitzung.

- 1) Jahresrechnung der Kämmererei II. pro 1864.
- 2) Erbauung eines Dens im Krankenhaus Behufs Desinfection von Kleidern.
- 3) Gewährung einer Terrain-Entschädigung wegen Regulierung der Fluchtlinie.
- 4) Bedingungen für die Verpachtung des Ritterguts Beelen.
- 5) Wahl der Mitglieder einer Commission zur Liquidirung der Seitens der Grube „Belohnung“ zu gewährenden Entschädigungen.
- 6) Vorlage wegen Krankenhaus und Hospital, Creirung zweier neuer Hospitals-Freistellen und Ausbau eines Hospitaliten-Zimmers.
- 7) Bewilligung der Kosten für Erneuerung eines Ladenverschlusses.

Geschlossene Sitzung.

Zwei Anträge auf Rückzahlung des Einzugsgebüses.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten.

Fritsch.

Fremdenliste.

Angelommene Fremde vom 6. bis 7. April.

Kronprinz. Hr. Geh. Ober-Baurath Hagen a. Berlin. Hr. Rittergutsbes. Wentroth a. Pappas-Dahlen. Hr. Kreisger.-Rath Kitta a. Stettin. Hr. Fabrik-

bes. Gilbert a. Delmold. Die Hrn. Kauf. Schaumburg a. Gommern, Köhl a. Aun, Frank a. Prag, Leiser a. Paris.

Goldner Ring. Hr. Major v. d. Wedden u. Hr. Dr. med. Schmidt a. Bernburg. Hr. Amtm. Jentich a. Ostau. Hr. Apoth. Schulz m. Fam. a. Gardelegen. Hr. Gutsbes. Maurer a. Keinhof b. Dobitzlag. Hr. Brauereibes. Hartmann a. Kirchbain b. Dobitzlag. Hr. Papiers-Fabrikbes. Hofmeister a. Gienburg. Hr. Fabrik. Kammiger a. Altenburg. Die Hrn. Kauf. Meimann a. Gienburg, Seib, Buchtemann a. Magdeburg, Meiner a. Bremen, Bohn a. Garburg.

Goldner Löwe. Die Hrn. Kauf. Sesse a. Leipzig, Friedländer a. Berlin, Jäfel a. Stettin, Weiser a. Magdeburg, Kießing a. Röm, Ferber a. Koburg. Hr. Amtm. Golde a. Döbern. Hr. Rent. Jordan a. Leipzig. Hr. Gutsbes. Gerrenberg a. Dorensfeld.

Stadt Hamburg. Hr. Amtm. Meuter a. Tommen. Die Hrn. Kauf. Jacobsohn u. Berend m. Frau a. Berlin, Kröblich a. Kassel, Neidinger a. Hamburg, Lichtenthal a. Hannover, Kolberg a. Magdeburg, Weber a. Bern, Reichel a. Giesleben, Donath a. Augsburg. Hr. Dir. Schultheis a. Frankfurt.

Mente's Hôtel. Die Hrn. Delon. Fischer a. Nordhausen, Groß a. Werben. Die Hrn. Fabrik. Korn a. Dessau, Böhm a. Weida, Sackenberg a. Köslau. Die Hrn. Kauf. Meyer a. Essen, Loskar a. Warichau, Staub a. Dresden.

Meteorologische Beobachtungen.

	6. April.	Morgens 6 Uhr.	Nachmitt. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Lufdruck	338,16 Bar. L.	338,41 Bar. L.	338,11 Bar. L.	338,23 Bar. L.	
Dunstdruck	2,71 Bar. L.	2,78 Bar. L.	2,57 Bar. L.	2,63 Bar. L.	
Rel. Feuchtigk.	100 pCt.	59 pCt.	80 pCt.	83 pCt.	
Luftwärme	3,4 Gr. Rm.	9,8 Gr. Rm.	4,0 Gr. Rm.	5,7 Gr. Rm.	

Bekanntmachungen.

Verhandelt Berlin, den 1. April 1865.

In Folge der Aufforderung des Directoriums der **Englisch-Deutschen Genossenschafts-Bank** erschienen in der heutigen Sitzung:

1. Seitens der Direction
 - a) Herr **J. A. Dittert**,
 - b) Herr **A. Wege**.
2. Seitens der Commanditisten
 - a) Herr **Graf zur Lippe-Weissenfels** aus Dresden,
 - b) Herr **Max Meyer**, Stettin,
 - c) Herr **N. Leov**, Halle a/S.,
 - d) Herr **Julius Wiese**, Stettin,
 - e) Herr **Justizrath Kairies**, Graudenz.

Das Ausbleiben des Herrn Director **Bier** wurde durch Krankheit entschuldigt.

Seitens der Direction wurden zunächst vorgelegt:

1. dem Hauptbuche,
2. dem Cassabuche,
3. dem Wechselcopirbuche,
4. dem Verzeichniß der Mitglieder,
5. 2 Volumen Beitrittserklärungen u.
6. 1 do. Cassabeläge.

Aus diesen Büchern geht hervor, daß bis jetzt 195 Theilnehmer mit der Summe von **262,800 Rth.** sich betheiliget haben.

Aus dem Cassabuche geht hervor, daß bis heute die Summe von **4823 Rth. 8 Gr. 10 Sch.** baar eingezahlt, dagegen **1727 Rth. 9 Gr. 4 Sch.** vorausgibt sind, so daß ein Cassabestand von **3095 Rth. 29 Gr. 6 Sch.** darans erzieht.

An Wechseln, welche statt der Einzahlung der Direction überwiesen sind, sind vorhanden **11 Stück** im Gesamtbetrage von **1720 Rth. 8 Gr. 8 Sch.**

Als Verwaltungsraths- oder Aufsichtsrathsmitglieder wurden die unter Seite 1 angeführten Mitglieder a-e gewählt und der Vorstz dem Herrn Justizrath **Kairies** übertragen.

Es wurde beschlossen, den Aufsichtsrath durch Wahl 5 neuer Mitglieder zu ergänzen und die Sitzung von heute auf morgen, den 2. April, zu vertagen.

L. S. Berlin, den 1. April 1865.

(gez.) **J. A. Dittert. S. Wege. Kairies. W. Graf z. Lippe. Max Meyer. Julius Wiese. N. Leov.**

Continuatum.

Berlin, den 2. April 1865.

Es hatten sich heute die in der gestrigen Verhandlung anwesenden Directoren und Aufsichtsrathsmitglieder wiederum eingefunden.

Herr Director **Bier** war auch heute nicht gegenwärtig.

Es wurde beschlossen:

- 1) Die Wahl der fernern 5 Aufsichtsrathsmitglieder auszuweisen und übernehmen es die Anwesenden, die geeigneten Persönlichkeiten zu recherchiren.

- 2) Die Aufnahme-Commission schon heute zu bilden. Es wurde in dieselbe gewährt, oder vielmehr in Vorschlag gebracht:

Herr **Louis Schuster**,
= **Carl Niemer**, } Berlin,
= **C. F. Müller**, }
= **Heinr. Stab**, Dresden,
= **Voita**, Gröneberg.

- 3) Daß das englische Handlungshaus, mit welchem die Gesellschaft die Geschäfte zwischen England und Deutschland zu vermitteln beabsichtigt, in kürzester Frist namhaft zu machen und den Geschäftsbetrieb mit dort, England, nicht eher festzusetzen oder zu eröffnen, als bis dieses geschehen ist.

- 4) Der von der Direction vorgelegte Entwurf der Schuldcertificate, Dividendenscheine, wird von den Anwesenden genehmigt.

- 5) Die Direction übernimmt es, den Tag der Geschäftseröffnung in Deutschland binnen Kurzem bekannt zu machen und die erforderlichen Geldmittel aufzubringen.

(gez.) **J. A. Dittert. S. Wege. Kairies. W. Graf z. Lippe. N. Leov. Julius Wiese. Max Meyer.**

Eine Versicherungs-Gesellschaft hat mich mit der Ausleihe von Capitalien auf größere Landgrundstücke der Provinz Sachsen beauftragt. Hierauf Reflectirende bitte ich, mir ihre etwaigen Offerten unter Mittheilung der bezüglichen Urkunden einzureichen.

Erfurt, den 6. April 1865.
Der Justiz-Rath **Vinckert.**

Vortheilhafter Verkauf.

Wegen Krankheit soll in der Nähe von Colbitz ein Rittergut verkauft werden; enthaltend 130 Acker, davon 18 Acker guter Holzbestand, todtes und lebendes Inventar vollständig; die Gebäude sind herrschaftlich. Kaufpreis 50,000 Rth., Anzahlung 15,000 Rth. Näheres zu erfahren beim Gürtlermeister **Hrn. Georg Pasch** in Neuschönefeld bei Leipzig, Friedrichstraße Nr. 93.

In der Kreis- und Garnisonstadt **Wittenberg**, Regierungsbezirk Merseburg, ist eine Brauerei, worin ober- und untergährige Biere gebraut werden, nebst den dazu nöthigen Kellern, verbunden mit lebhaftem Ausschank (besonders Lagerbier) u. Ausspannung, zum 1. October d. J. oder auch früher zu verpachten.

Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen der **Beißer Fleischermeister F. C. Klebing**, Markt Nr. 22.

Eine Parterre-Stube, zum Comtoir sich eignend, ist zu vermieten und zum 1. Juli zu beziehen **Leipzigerstraße 93.**

Eichtige Agenten für die **Imperial** suchen mit hoher Provision **Danziger & Comp.**

Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen junger Mann kann zum 1. April als Lehrling in die Apotheke des Waisenhauses eintreten.

Halle a/S. Dr. **S. Hornemann.**

S. Adam in Lyck, Agent für den An- und Verkauf von Häusern, Gütern u. c., empfiehlt sich unter Zusicherung streng reeller Bedienung bestens.

NB. Die **Pillau-Königsberg-Lycker Bahn** (ostpreussische Südbahn) ist bereits im Bau begriffen und Gelegenheit zum Ankauf günstigt. Frankirte Anfragen werden prompt beantwortet.

Gutsverkauf.

Ein Gut von ca. 340 Acker Areal, sehr gute, angenehme, fruchtbare Lage, ganz nahe einer an der Eisenbahn liegenden Residenzstadt Thüringens, ist Familienverhältnisse wegen mit werthvollem Inventar preiswürdig zu verkaufen. Die Hälfte der Kaufsumme kann verzinslich stehen bleiben. Franco-Anfragen unter **Nr. 501** befördert **Gd. Stückrath** in der Exped. d. Ztg.

Blasebälge bei **F. Lange's Söhne.**

Ein Mädchen in gesetzten Jahren, mit guten Attesten, die mehrere Jahre bei Beamten die Wirthschaft selbstständig geführt, weiß sofort nach **Fr. Fleckinger**, kl. Schlamme 3.

Zu verpachten ist die Bäckerei bei dem Müller **Thormann** zu Dypin bei Halle.

Meinen Wohnungswechsel vom Schülershof Nr. 16, nach der großen Rittergasse Nr. 13, (in d. Haus des Böttchermstr. **M. Schöne**, part.) zeige hiermit ergebenst an.

Th. Volke, Schuhmachereister für Herren und Damen.

Verkauf!
In einem großen Dorfe, wo gegen 3000 Seelen sind, eine bedeutende Zuckerfabrik, eine große Kohlenschacht und eine chemische Fabrik, bin ich gesonnen mein Materialgeschäft und Fleischeri zu verkaufen, und kann sofort übernommen werden. Wo? sagt **Gd. Stückrath** in der Exp. d. Ztg.

1 Haus in Leipzig, äußere Stadt, 2 dgl. innere Stadt, sämmtlich Geschäfts-lage, sind unter vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen durch das Agenturen- und Commissionsgeschäft von **Gd. Schulze** in Leipzig, Petersstraße 43.

Restaurations-Verkauf.
Wegen eingetretenen Todesfalles ist eine in Erfurt belegene, seit 50 Jahren bestehende Restauration, an vorzüglich guter Lage und auf das Beste eingerichtet, mit 6 bis 7000 Rth. Anzahlung sofort zu verkaufen.

Selbstkäufer erfahren das Nähere durch **Wilh. Klapproth** in Erfurt, Langebrücke 1991.

Zur Beforgung neuer **Zins-Coupons**, sowie zum Ein- und Verkauf von **Werthpapieren** und **Geldwechsel** empfiehlt sich **Chr. Kind**.

Die vermöge ihrer balsamischen Bestandtheile so höchst wohlthätig, verschönernd und erfrischend einwirkende **Gebrüder Leder'sche balsamische Erdnuß-Öl-Seife** ist à Stück mit Gebr.-Anweis. 3 Sgr. — 4 Stück in einem Packet 10 Sgr. — fortwährend zu haben bei **Helmbold & Co.**, Ppzigstr. 109, a. Markt.

Geraer reinwollene **Kleiderstoffe** in **Commerceps**, **Thybet** u. **Cachmir**, bekanntlich nur reelle Waare, billigt, feste Preise.
Steinweg Nr. 4, Parterre.

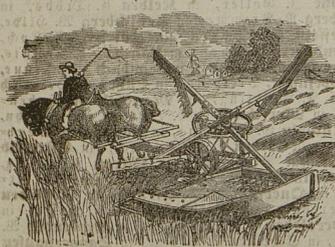
Apotheker Bergmann's Eispommade, rühmlichst bekannt, die Haare zu kräfteln, sowie deren Ausfallen und Ergrauen zu verhindern, empfehlen a. Fl. 3, 8 u. 10 Sgr.:

in Artern : F. A. Müller.	in Naumburg : R. Löblich.
in Bitterfeld : F. Koenigsh.	in Querfurt : Carl Burow.
in Düben : E. Schulze.	in Sangerhausen : J. G. Töttler.
in Gilenburg : B. Bornkoel.	in Weißenfels : R. Katzschke.
in Giesleben : M. Zaczakowsky.	in Wiehe : Apotheker Haack.
in Naucha : Th. Kannis.	in Zeitz : A. Huch.
in Merseburg : H. F. Exius.	

Haupt-Depôt in **Halle** bei **A. Hentze**, früher **W. Hesse**, **Schmeerstr. 36.**

Mähmaschinen,

Princip Samuelson & Ransones,



mit welchen wir im vorigen Jahre in Koetschau bei Weimar, Weissenfels und Götzen Versuche machten und hier andere Maschinen übertrafen, empfehlen wir in bester Ausführung und bedeutend verbessert. Landwirthschaftlichen Vereinen sind wir gern bereit, Versuchsmaschinen schon für die **Klee-Gründe** zu stellen, damit sich die Mitglieder überzeugen und noch rechtzeitig bestellen können.

Neudruck bei Leipzig, d. 6. April 1865.

Goetjes, Bergmann & Co.

PS. Die Maschinenfabrik des Herrn **Fr. Zimmermann** in **Halle** ist gern zu jeder weiteren Auskunft bereit.

Heute und folgende Tage Rostfleisch, jung, schneeweiß und zart; feinstes Fett zum Backen, a Pfund 5 Sgr., bei Fr. Thurm.

Da jetzt Mangel an Pferden eintritt, so er suche ich die geehrten Herren Landwirthe, mich bei vorkommenden Fällen zu berücksichtigen. Ich reflektire natürlich nur auf schönste Waare und zahle von jetzt an im Verhältniß 5 bis 15 Thlr. à Stück mehr. Fr. Thurm.

200 Schock Stroh, theils Futter-, theils Langstroh, liegen zum Verkauf bei **A. Nathmann** in **Bitterfeld**.

Im Bürgergarten zu **Merseburg** liegen circa 40 Sack rothe, blaue und weiße sehr gute Speisekartoffeln sofort zu verkaufen.

Von 2 Paar Wagenpferden, Füchsen u. Brauen, 5 u. 6 Jahr alt, steht 1 Paar nach Auswahl zum Verkauf auf dem Rittergut **Meißenberg** bei **Hettstedt**.

Dieselbst werden nach der Schur 100 Stück **Erstlings-Hammel** preiswerth abgelassen.

6—800 G gute eichene Lohse ist zu verkaufen bei **Carl Weber** in **Arnstadt** in **Thüringen**.

Dr. A. H. Heim, prakt. Arzt zu **Nürnberg** (Baiern), ist Spezialist in sämtlichen Geschlechts-Erkrankungen und ertheilt behufs deren gründlichen u. raschen Heilung schriftliche Consultation. — Namentlich aber ist er durch seine 11jährige praktische Erfahrung, auf dem ganzen Continente, wie auf seinen Jahre langen Reisen in den transatlantischen Ländern gesammelt, mittelfst eines neuen Arzneimittels im Stande, eine jede „Gonorrhoea“, welcher Dauer und Intensität solche sein mag, binnen längstens 16 Tagen gründlichst zu heilen, ohne irgend eine Spur nachtheiliger Folgen. — Briefe franco.

Niesenspargel-Pflanzen à Sch. 7 Sgr. 6 S., und einige Schock veredelte Süßkirchbäume, 6 bis 8 Fuß hoch, sind abzulassen **Halle**. **C. Thiele**, Märkerstraße 10.

Broihan

nächste Woche **Montag u. Donnerstag** im **Schwimmenbrauhäus** bei **S. Müller**.

Broihan

nächste Woche **Montag** und **Donnerstag** in der **Brauerei** von **Wilhelm Rauchfuß**, Kl. Berlin Nr. 2.

Trockene Hefe

im Ganzen und Einzelnen täglich frisch bei **Theodor Eisentraut**.

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich von jetzt an **Alter Markt Nr. 28** wohne, u. wohl fortsetz bin, wie bekannt, in sehr feinen wie geringen getragenen Herren- und Damen-Garderoben. **Frau Künzlin**.

Süße hochrothe Mess.

Apfelnäsen, pr. Dsd. 9, 12, 15, 18 Sgr., empfiehlt **Boltze**.

Frostfreie Mess Citronen,

pr. Hundert 2—2 1/2 Sgr., bei **Boltze**.

Für Tischler.

Auf dem **Rittergut Morl** werden **Mittwoch** den 12. April **Vormittags 11 Uhr** sechs starke **Drusbäume** und eine **Partie Kirschbäume** meistbietend gegen baare Zahlung verkauft. **Tobisch**, Wirthschafts-Inspektor.

Gebauer-Schweifsche Buchdruckerei in **Halle**.

Beste **Böhmische Braunkohlen** (Salzfohlen) billigt bei **Klinkhardt & Schreiber**.

Dietric, **Bandagist**, **Leipzigerstraße Nr. 23**, empfiehlt sein Lager zweckmäßiger **Bandagen**.

Sehr schöne neue **Kabinet-Uhren**, sicher gehend, vers. gegen **Franco-Einsend.** von 1 Sgr. mit 2 Jahr. Garant.-Schein **Adolf Osterloh**, Uhrenfabrikant in **Rudolstadt**, 413, **Dobere Marktstraße**.

Schulgasse 3a sind zwei große **Gummibäume** zu verkaufen.

4 6 Wispel blaue Saamen-Kartoffeln verkauft **Ferdinand Koch** in **Esperstedt**.

Eine Privatbühne zu verkaufen von in jeder Richtung sehr geräumiger Ausdehnung, in gutem Stande befindlich, und ihrer besonderen Stabilität wegen zum längeren Verbleiben an einem Orte sich größeren Gasthofbesitzern oder kleineren Truppen empfiehlt. Man wende sich gefälligst an **Herrn Commissionär Kuckenburg** in **Halle**, **Leipzigerstr. 13**.

Sonnabend den 8. April: **im Saale des Kronprinzen dramatische Vorlesung:**

„Was ihr wollt“, Lustspiel von **Shakespeare**. Anfang 7 Uhr.

Billets à 12 1/2 Sgr., sowie Familienbillets à 25 Sgr. (gültig für vier Personen) sind in der **Musikalienhandlung** des **Herrn S. Karmrod** zu haben. **Kassenpreis 15 Sgr.** **Rud. Stegmann**.

Stadttheater in Naue. Repertoire.

Die **Schweiner Hoftheater**-Mitglieder werden an 5 Abenden auf hiesiger Bühne gastiren; erste Vorstellung **Sonntag** den 9. April: **Das Glas Wasser**, oder: **Ursachen und Wirkungen**, Lustspiel in 5 Akten (dieses Stück spielen die Gäste ohne Souffleur).

„Königin Anna“ — **Fr. Anna Ködel**. „Herzogin Malborough“ — **Frau Otto Martinek**. „Ugail“ — **Fr. Brand**. „Bolingbrot“ — **Herr Feltscher**. „Masham“ — **Herr v. Horar**.

Die ferneren Stücke werden sein: **Prinzessin Montpensier** (neuestes Stück von **Brachvogel**), **Wildfeuer** von **Halm**, **Die Gageholzen**, **Liebesdiplomaten**, **Was ihr wollt**, **Wilhelm von Oranien**.

Die **Abonnementsliste** für diese 5 Vorstellungen ist von heute an im **Theaterbureau** ausgelegt und kostet ein Billet für alle Vorstellungen **Balkon 2 Sgr. 20 Sgr.**, **Parquet 2 Sgr. 7 Sgr. 6 Sgr.**, **Parquet u. Parterreloge 2 Sgr.** Einzelne Billets erhöhte Preise. Die **Abonnementsbillets** werden von heute an ausgegeben.

Zur guten Quelle.

Heute **Sonnabend** große **musikalische Abendunterhaltung** von **Geschwister Zeidler**. **Sonntag** früh **Speckfuchen**.

Sonnabend u. Sonntag früh Speckfuchen und **Münchener Salvator** im „**Gold. Ring**.“

Daß ich die **Restauration, Paradeplatz Nr. 1**, übernommen und dieselbe trotz des Umbaues derselben ungestört fortsetze, mache ich einem geehrten Publikum hiermit ganz ergebenst bekannt. **F. Haase**.

Es wird vor **Ankauf** eines **Wechsels** mit dem **Giro** oder **Accept**:

„**Friedrich Hupé**“ gewarnt, da **Deckung** nicht vorhanden ist.

Der jüdischen **Hersfeiertage** halber ist mein **Geschäft** in **Breina** und **Zeuzitz** am **Dienstag** d. 11., **Mittwoch** d. 12., **Montag** d. 17. und **Dienstag** d. 18. April a. c. geschlossen. **Alexander Herzheim**.



Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.

(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Mietpreis für den Abonnementpreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12 1/2 Sgr.
Inserionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreigespaltene Zeile gewöhnlicher Setzungschrift oder deren Raum.

N 84.

Halle, Sonnabend den 8. April
Hierzu zwei Beilagen.

1865.

Deutschland.

Berlin, d. 6. April. Se. Majestät der König haben geruht: Dem Hauptmann Hergas vom 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 67 und dem Secretär Wolff vom Garde-Husaren-Regiment die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Abgeordnetenhaus. Nach der Rede des Abg. Japp in der gefrigen Sitzung (über deren letzten Theil wir nur kurz berichtet) erhält das Wort der

Abg. Dr. Bender: Durch die Nichtbestätigung der sächsischen Beamten hat die Regierung die Zahl ihrer Gegner vermehrt, in die sächsischen Collegien Zwietracht getragen und die Bitterkeit gesteigert. Sie hat die Idee des Befähigungsrechtes gründlich ruiniert. Die Städteordnung, die das Volk mit seinem Verzicht erkauft hat, wird dadurch bedroht, das Prot soll sich in Stein verwandeln. Sehr oft erfährt der Nichtbestätigte erst dadurch, daß er ein politischer Mann ist, und der Parteimann ist fertig. Der Tag wird kommen, an welchem Ihr heutiges Votum sein volles Gewicht haben wird. (Bravo!)

Abg. v. Blanckenburg spricht gegen den Commissions-Antrag. Der Präsident hat durch Aufstellung der gefrigen und heutigen Tagesordnung ein Mittel gefunden, um die in letzter Zeit aus natürlichen Gründen auseinander gegangene Fortschrittspartei wieder zusammen zu bringen.

Vizepräsident v. Harub (den Redner unterbrechend): Dem Herrn Redner steht die Genur eines Verfahrens des Präsidiums nicht zu, und ich werde, wenn sich das wiederholen sollte, den Vornahme auf ansprechen müssen.

Abg. v. Blanckenburg (fortfahrend): Ich habe auch keine Genur geübt. Auch dieser Gegenstand ist eine Folge des Conflicts, der sich von der Militärfrage herfortschleift, und sich in allen Fragen offenbart. Ohne Einwirkung auf die Communen kann keine Regierung bestehen und Sie werden durch Ihren Beschluß auch nichts erreichen. Es ist viel besser, wenn man von dem Parteistandpunkt in solchen Fragen Abstand nimmt.

Abg. Birchow: Die für den Communaldienst geeigneten Personen findet die Commune besser und leichter heraus als der Staat, namentlich wenn der Staat als Haupttreuepflicht bei der Beurtheilung der Qualifikation die Abwägung bei den Wahlen benutzt. Ein solches Verfahren stellt das communale Leben geradezu auf den Kopf und führt zur commissarischen Verwaltung durch Beamte, denen jede Erfahrung im Communalwesen fehlt. Für Berlin steht eine solche Verwaltung vielleicht in der Perspektive, vielleicht die Einsetzung des Stadtraths a. D. Woeniaer, der durch das Mißtrauen der berechtigten Wähler entfernt worden ist. Und alles das, weil wohl qualifizierten Gemeinde-Beamten die Eigenschaft fehlt, die vorzüglich verlangt wird, daß sie zur Partei des Abgeordneten v. Blanckenburg gehören.

Zulebende Recht wird von ihr, wie die Thatsachen beweisen, in tendenziöser Weise ausgebraucht. (Sehr wahr!) Durch die Aufhebung dieses Rechtes werden wir dazu gezwungen, daß der Staat seine Thätigkeit zurückzieht von einem Gebiet, auf dem sie überflüssig ist, daß er seine wahren, großen Aufgaben anderswo sucht und daß die Minister die culturhistorischen Zwecke und Ziele, nach denen ein großer Staat zu streben hat, ins Auge fassen können, anstatt die bestehende in der allerhöchsten und meißtens unzulässigen Weise auszuführen. (Vielseitige Zustimmung.) Wo haben denn nur die besten Minister die Zeit her, um alle diese Prüfungen von Personalien, diese ungezählten Kapuzen zu bewältigen? Durch Streichung des §. 33 befähigen wir sie von einer Last, die ihnen nicht länger aufgebürdet werden soll (Weiterkeit) und schaffen ihnen die Möglichkeit, sich höheren Aufgaben hinzugeben, die eines Ministers würdig sind. (Beifälliger Beifall.)

Minister des Innern, Graf Culenburg: Sie sprechen immer von Selbstverwaltung der Gemeinden. Ich gehe zu, daß die Commune ein selbstständiger Organismus ist, den der Staat nicht geschaffen hat. Aber will der Organismus leben, so kann er sich der Herrschaft des Staates nicht entziehen. Darum ist das Aufstellungsrecht des Staates ein wohlgegründetes, das Niemand befreit. Wer dem Staat das Oberaufsichtsrecht giebt, der muß es auch präciren. Nach der Unterdrückung des Städtewesens ist durch den Staat wieder ihr Recht wiederfahren; inwiefern die völlige Emanzipation der Gemeinde vom Staate ist ebenso unmöglich, wie es unmöglich ist, daß der Staat die Communen unterdrückt will. Wichtig und unerlässlich bleibt immer die Bestätigung der gewählten Communalbeamten. (Der Minister citirt als Begründung seiner Behauptung Stellen aus Bunsen's und Brater's Staatslexikon.)

In Weien, Sachsen, Belegen hat der Staat außerordentliche Rechte. Wie ist es in jenen Ländern jemand eingefallen, das Befähigungsrecht der Regierung oder des Königs anzusehen zu wollen. Man hält es für eine der bedeutendsten Voraussetzungen staatlicher Wohlfahrt. Was nun Preußen anlangt, so hat die Regierung gegen die Magistrats das Recht des Disciplinar-Verfahrens und das Befähigungsrecht. Die Regierung würde einen Fehler begehen, wenn sie das letztere Recht preisgäbe. Sie setzen am nun, meine Herren, wir machen von dem Rechte Mißbrauch; aber ich glaube, die Regierung müßte so verfahren, sowohl in ihrem eigenen Interesse, als auch in Interesse der Communen. Es giebt nichts Schlimmeres, als die Beherrschung der Communen durch Parteien, wie wir das in nächster Nähe wahrnehmen können. Ich

will mich zur Begründung meiner Ansicht auf eine Aeußerung eines liberalen Blattes



man: Ihr seid die Regierung zu demte ausfinden, am 1. Juni 1863. gewählt, weil sie (Wohl), sondern die Regierung zu ihrem und die Regierung die Verwaltung, daß Sie der weiter übrig, als se. Ich habe in Städteverordneten mich mit diesen er zuletzt gekümmert und oder agitierend getreten, so ist es hier sei nur ein kann anders wie ich ist. Wenn ich esgebung! Ich aber verdienten wichtig, daß wir in Ihre Hände

Abg. Dr. Gneist: Ich bin des politischen Schöpfers desselben. Der Minister des Innern gegen das Res System einer Ministerium Anfang Juni 1863 verfassung. (Zweifellos freigegeben den recht an die allerersten förmlich durch (sehr Beifall.) Das zu glauben, daß monstration, Magia, das kann ich Wahrsagen, aber der Systematische die Communalverfassung einmengenbracht. Und was die Treue gegen den König von Seiten der Beamten betrifft, so müßten alle Verzeigungstreuen Männer dem Herrn Minister sagen: wenn das die Bedingung unserer Treue gegen den König ist, daß ein Mann Ihr Verfahren für verfassungsmäßig halten soll, welcher die staatsrechtlichen Grenzen für das Erlaubte und Unerlaubte kennen muß — wenn das die Treue gegen meinen König ist, so steht Ihnen mein Amt in 24 Stunden zu Gebote. Und glauben Sie mir, aus denselben Stoffe sind alle unsere Beamten gemacht, nur daß mancher von ihnen seine und seiner Familie Existenz zum Dyer bringen muß, und daß das mit uns Allen nicht der Fall ist. Provoociren Sie uns aber fortwährend, Ihre Regierungswiese, Ihre Befehlsordnungen, Ihre Budgetauslegung auf das Gebiet der Königstreue zu bringen und Ihr System als zulässig zu halten, so wundern Sie sich nicht, wenn Sie auf Widerspruch stoßen in den Communen, welche nun einmal nicht untergeordnet werden sollten den staatlichen politischen, das heißt stets welchen Interessen. Sie haben die Communen in den Nothstand verlegt, aus welchem ein Widerstand versucht wurde. Das Lieblingswort des Ministers des Innern, 'Agitation' ist ein rein inhaltloses Polizeiwort (sehr gut!) (Zur Weiden genenheit): Was Sie Agitation nennen, das wäre nach Ihren eigenen Begriffen das Uebermaß von Patriotismus und Hingebung an den Thron, sobald es in Ihrer Parteirechtung geschieht (sehr gut!). Das Befahren der Communen ging dahin, die Verfassung zu schäben gegen Verletzung (sehr wahr!) Wenn der Herr Minister von einem Heile Gebrauch des Befähigungsrechtes spricht, so erinnere ich mich, daß in einem Heile rumsbezirke in Jahresfrist 70 Fälle der Nichtbestätigung zu den wichtigsten Communalämtern vorgekommen sind (hört, hört!). Das soll ein maßvoller Gebrauch sein (große Weiterkeit). Dagegen hat das Ministerium von diesen Befähigungsstellen man wahrhaft verschämten Gebrauch gemacht (Weiterkeit, sehr gut!). Ich glaube mich zu dieser Antwort um so mehr berechtigt, als der Herr Minister mir die Ehre erwiefen, mich mit politischen Agitationen und Fraktionbildungen in der Communalvertretung in Verbindung zu bringen, während ich der entscheidende Gegner solcher Fraktionbildungen bin und von ihrer Zusammenkunft nichts weiß. Ich weiß also nicht, woher mir diese Ehre widerfahren ist, aber ich habe dem Herrn Minister geantwortet, wie ich als Beständiger, wie ich als unabhängiger und redlicher Mann antworten mußte: Diese Art